

MIDEM

LÄNDERBERICHT TSCHECHIEN

VON
KRISTINA CHMELAR



Zitervorschlag:

Chmelar, Kristina 2020: MIDEM Länderbericht Tschechien, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1.	EINLEITUNG	4
2.	MIGRATION – EIN TSCHECHISCHER ERFAHRUNGSHINTERGRUND	5
3.	MIGRATION IN DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG	10
3.1	Wie wichtig ist das Thema Migration?	10
3.2	Wie werden verschiedene Aspekte von Migration wahrgenommen?	11
3.3	Wie ist die tschechische Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen eingestellt?	14
4.	DIE ‚FLÜCHTLINGSKRISE‘ IN DEN MASSEN MEDIEN	18
5.	MIGRATION IN DER POLITIK	20
5.1	Wie mobilisieren politische Gruppierungen und Eliten mit Migration?	20
5.2	Wie gestaltet sich Migration als Politikfeld?	26
6.	WAS ERKLÄRT DIE TSCHECHISCHE MIGRATIONSSKEPSIS?	29
7.	AUSBLICK	32
	LITERATURVERZEICHNIS	33
	AUTORIN	40
	IMPRESSUM	41

Zusammenfassung

Die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung hat starke Vorbehalte gegenüber Zuwanderung. Für die Aufnahme von Flüchtlingen spricht sich nur eine Minderheit aus.

Die ‚Flüchtlingskrise‘ war nicht Ursache, sondern Verstärker von bereits vorhandenen kritischen Einstellungen gegenüber ethnischen und kulturellen Minderheiten.

Die ‚Flüchtlingskrise‘ und der europäische Umgang mit ihr wurden von den Medien ähnlich negativ verarbeitet wie von der Politik.

Während die Migrationsfrage im Inland nur wenig polarisiert, vertieft sie den Graben zwischen Tschechien und den migrationsfreundlicheren Mitgliedern der EU.

Erklären lässt sich die tschechische Migrationsskepsis ökonomisch und kulturell. Am schwersten wiegt, dass die Mehrheitsgesellschaft der Vorstellung von einer geschlossenen Gesellschaft anhängt. Nur eine Minderheit schätzt Offenheit und kulturelle Vielfalt.

1. EINLEITUNG

„Wir haben zwar das Verfahren verloren, aber das ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass wir nichts zahlen müssen. [...] Wesentlich ist, dass wir keine Migranten aufnehmen und dass die Quoten in der Zwischenzeit abgeschafft wurden.“ (Babiš 2020) Mit diesen Worten reagierte der tschechische Premier Andrej Babiš jüngst auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Nachdem sich Tschechien 2015 zusammen mit anderen mittel- und osteuropäischen Staaten einer quotierten Verteilung von 160.000 Flüchtlingen innerhalb der EU verweigert hatte, erhob die Europäische Kommission eine Vertragsverletzungsklage. Der EuGH gab ihr im April 2020 Recht: Die mittel- und osteuropäischen Staaten verstießen gegen EU-Recht (EuGH 2020). Wie aus der Reaktion von Babiš ersichtlich ist, schenkt die tschechische Regierung dem Urteil kaum eine Bedeutung. An ihrer Anti-Migrationshaltung änderte sie nichts.

DIE TSCHECHISCHE BEVÖLKERUNG IST BESONDERS MIGRATIONSKRITISCH

Die tschechische Bevölkerung zählt zu den migrationskritischsten in ganz Europa. Dass führende Politiker im Zusammenhang mit der ‚Flüchtlingskrise‘ darauf pochten, keinen einzigen Flüchtling aufnehmen zu müssen, stieß auf breite Zustimmung. Doch auch Zuwanderung, die keine Fluchtursachen hat, betrachtet die Mehrheitsgesellschaft mit Skepsis. Fast alles, was ‚fremd‘ ist, nimmt sie tendenziell negativ wahr. Ihr gegenüber steht nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der aufnahmebereit gegenüber Flüchtlingen ist und kulturelle Vielfalt wertschätzt. Konsequenzen hat diese Konstellation in innenpolitischer wie in außenpolitischer Hinsicht.

Der politische Migrationsdiskurs ist auf nationaler Ebene sehr einheitlich. Fast alle politischen Gruppierungen des Landes bemühen immer wieder migrations-skeptische, bisweilen auch migrationsfeindliche Argumente. Bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017 schaffte es die rechtsradikale Bewegung „Freiheit und direkte Demokratie“ aus dem Stand ins Parlament. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2018 ließ der spätere Wahlsieger und Migrationskritiker Miloš Zeman kaum eine Gelegenheit aus, um Ängste vor Zuwanderung in der Bevölkerung zu schüren. Auch bei den Europawahlen 2019 wurde das Thema Migration instrumentalisiert. Auf europäischer Ebene kooperiert Tschechien dabei im Rahmen der Visegrád-Gruppe eng mit Polen, Ungarn und der Slowakei. Von den kulturliberalen und eher migrationsfreundlichen Positionen der EU und Deutschlands grenzen sich die Ostmitteleuropäer vehement ab. Auch wenn sich die Lage mittlerweile beruhigt hat und versöhnliche Signale aus

West und Ost zu vernehmen sind, erscheint es angesichts der unterschiedlichen ökonomischen und kulturellen Prägungen äußerst fraglich, ob der Migrationskonflikt in Europa wirklich gelöst ist.

Um die tschechische Anti-Migrationshaltung besser zu verstehen, stellen sich verschiedene Fragen: Welche historischen Erfahrungen hat das Land mit Migration? Welche gesellschaftlichen Einstellungen sind erkennbar? Wie berichteten Medien über die ‚Flüchtlingskrise‘ und wie bearbeitet die Politik das Thema Migration? Und schließlich: Warum sind Tschechinnen und Tschechen derart migrationskritisch? Der Länderbericht geht diesen Fragen systematisch nach, erörtert die unterschiedlichen Facetten des tschechischen Migrationsdiskurses und versucht am Ende, die Anti-Migrationshaltung zu erklären.

2. MIGRATION – EIN TSCHECHISCHER ERFAHRUNGSHINTERGRUND

INFOBOX – GRUNDLAGEN

- Fläche: 78.865 km²
- Einwohner: 10,7 Millionen
- Bevölkerungsdichte: 137,6 Einwohner pro km²
- Jährliche Bevölkerungswachstumsrate: 0,4 %
- Ausländer: 564.345
- Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung: 5,3 %
- Arbeitslosenquote: 2,2 %

28.10.1918 Gründung der 1. Tschechoslowakischen Republik

29.09.1938 ‚Münchener Abkommen‘ (entscheidende Weichenstellung für die Okkupation durch das nationalsozialistische Deutschland)

08.05.1945 Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus

25.02.1948 Machtübernahme der Kommunisten

21.08.1968 Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘

17.11.1989 ‚Samtene Revolution‘

01.01.1993 Gründung der Tschechischen und der Slowakischen Republik nach friedlicher Teilung der Tschechoslowakei

12.03.1999 NATO-Beitritt

01.05.2004 EU-Beitritt

Quellen: ČSÚ, Statista und Weltbank.

Über das Territorium der Tschechischen Republik lässt sich eine lange Zuwanderungsgeschichte erzählen. Jahrhundertlang wanderten vor allem Westeuropäer ein. Die größten Bewegungen fanden im 13. und 16. Jahrhundert statt. Erst im 19. und 20. Jahrhundert verzeichneten die Länder der Böhmisches Krone einen negativen Wanderungssaldo und wurden zu Auswanderungsländern. Die Erfahrung von kultureller Vielfalt wurde immer seltener. Dies stellt insofern einen gegenläufigen Trend zu westeuropäischen Staaten dar, als dass sich letztere auf dem Weg in die Moderne in der Regel von Auswanderungs- zu Einwanderungsländern entwickelten. Im Fall der ehemaligen Tschechoslowakei und der anderen ostmitteleuropäischen Staaten sollte sich diese Entwicklung zeitlich deutlich verzögern (Drbohlav 2012: 182).

JAHRHUNDERTELANGE ERFAHRUNG MIT EINWANDERUNG

NACH DEM 2. WELTKRIEG: AUSSIEDLUNG UND AUSWANDERUNG

Zunächst einmal entledigte sich die Tschechoslowakei ihrer größten Minderheit in Folge des Zweiten Weltkriegs: Über drei Millionen Deutsche wurden ausgesiedelt (Kittel/Möller 2006: 568). Unter dem kommunistischen System setzte sich der Bevölkerungsverlust gen Westen ähnlich wie in Polen und Ungarn weiter fort (Čulík 2017). Obwohl zwischen 1948 und 1989 besonders gut ausgebildete Personen das Land verließen,¹ gab es auch eine gewisse Zuwanderung. Neben der Arbeitsmigration aus europäischen Staaten (z. B. Polen) und nicht-europäischen Staaten (z. B. Vietnam) machte die Tschechoslowakei Erfahrungen mit Flüchtlingen (z. B. aus Griechenland). Außerdem schloss sie diverse Hilfsabkommen mit anderen kommunistischen Ländern, was vor allem zu einer Zuwanderung aus Jugoslawien, Ungarn, Kuba, der Mongolei, Angola und Nordkorea führte (Boušková 1998).

NACH 1989: SCHNELLER WANDEL ZUM EINWANDERUNGSLAND

Ein erster Meilenstein auf dem Rückweg von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland war für die Tschechoslowakei der Systemwechsel von 1989/90. Als zweite wichtige Wegmarke gilt der EU-Beitritt von 2004. Im Unterschied zu den anderen Staaten Ostmitteleuropas, deren Wanderungssaldi auch in den 1990er und 2000er Jahren noch (geringfügig) negativ blieben, verzeichnete die sich transformierende Tschechoslowakei schon unmittelbar nach dem Ende des kommunistischen Regimes einen gewissen Bevölkerungszuwachs. Der vergleichsweise hohe Lebensstandard führte in Verbindung mit einer relativ guten wirtschaftlichen Lage dazu, dass das Land nicht nur Hochgebildeten aus der einheimischen Bevölkerung genügend Möglichkeiten zu bieten schien. Darüber hinaus präsentierte es sich anderen emigrationswilligen Osteuropäerinnen und Osteuropäern als attraktive Alternative zum westeuropäischen Ausland. Nach seiner Loslösung vom slowakischen Landesteil am 01.01.1993 etablierte sich Tschechien auch dank einer stark liberalisierten Migrationspolitik als Einwanderungsland (Drbohlav et al. 2012: 7).²

Abb. 1: Entwicklung der Zahl ausländischer Staatsangehöriger



Quelle: ČSÚ 2019a / Eigene Darstellung

- 1 Laut Schätzungen emigrierten bis 1989 mehr als 550.000 Personen. „The two main emigration waves occurred in 1948, when the communists came to power, and in 1968, when the Soviet Union and its Eastern European allies invaded the country.“ (Drbohlav/Janurová 2019)
- 2 Eine ähnliche Entwicklung war in den 1990er Jahren auch in Ungarn zu beobachten. Anders dagegen verhielt es sich in Polen, das noch viele Jahre von hohen Auswanderungsraten charakterisiert sein sollte.

2018 betrug die Anzahl ausländischer Staatsangehöriger in Tschechien 564.345 (Statista 2019a), was einem Anteil von 5,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Im Vergleich mit Polen (0,6 Prozent), der Slowakei (1,3 Prozent) und Ungarn (1,7 Prozent) ist der Ausländeranteil damit deutlich höher (Statista 2019b). Laut aktuellen Statistiken stammten 2018 ca. vier von zehn Ausländern aus EU-Mitgliedstaaten. Mit fast 117.000 Personen stellten die Slowaken mit Abstand die größte Gruppe dar – gefolgt von Polen und Deutschen mit jeweils etwa 21.000 Personen. Etwas mehr als die Hälfte aller Ausländerinnen und Ausländer in Tschechien kam aus Drittstaaten. Die am stärksten vertretenen Nationalitäten sind die ukrainische (23 Prozent), die vietnamesische (11 Prozent) und die russische (7 Prozent) (ČSÚ 2019b). Das Gros der ausländischen Bevölkerung lebt in der Hauptstadt Prag oder in der deutsch-böhmischen Grenzregion.³

Der größte Anziehungsfaktor für Immigrantinnen und Immigranten ist der tschechische Arbeitsmarkt. Bereits in den 2000er Jahren hob der mit dem Konjunkturaufschwung verbundene Anstieg an Arbeitsmigrantinnen und -migranten das Land deutlich vom Rest der Visegrád-Gruppe ab.⁴ Heute ist Tschechien das attraktivste Zielland in Ostmitteleuropa (Drbohlav 2004 und 2016). Obwohl eine nicht zu vernachlässigende Zahl an Werk tätigen ohne Aufenthaltsstatus und Arbeitsberechtigung existiert,⁵ ist es wichtig festzuhalten, dass es sich bei Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus tschechischer Perspektive allem voran um eine Form der selbstgewählten Zuwanderung handelt. Das heißt: Das Land hat mehr oder minder die Kontrolle darüber, wo rekrutiert wird bzw. wer am Ende zuwandert und wer nicht (Drbohlav et al. 2012: 10).

Die in Tschechien lebenden Arbeitsmigrantinnen und -migranten sind dabei einerseits Personen aus westlichen Staaten, die normalerweise höhere Verdienste aufweisen als der tschechische Durchschnitt und Tätigkeiten ausführen, die eine höhere Qualifikation erfordern, und andererseits Personen insbesondere aus osteuropäischen Staaten, die zumeist im Niedriglohnsektor tätig sind. Beide ausländischen Gruppen – und dies ist auch im europäischen Vergleich bemerkenswert – zeichnet im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung ein höherer Beschäftigungsgrad aus: Laut Eurostat (2019a) lag die Erwerbsquote von Ausländerinnen und Ausländern 2018 bei 82,9 Prozent, Tschechen erreichten dagegen nur einen Wert von 76,4 Prozent. Dieser Umstand erklärt sich einerseits dadurch, dass 77 Prozent der zugewanderten Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 20 und 59 Jahren) sind (Drbohlav/Janurová 2019); andererseits ist er der Tatsache geschuldet, dass sich Zugewanderte auf dem tschechischen Arbeitsmarkt komplementär zur einheimischen Bevölkerung verhalten. Mit anderen Worten: Sie gehen Tätigkeiten nach, für die es im Land kein qualifiziertes Personal gibt oder die für Tschechinnen und Tschechen eher unattraktiv sind.

**ZUWANDERUNG
IST FAST IMMER
ARBEITSMIGRATION**

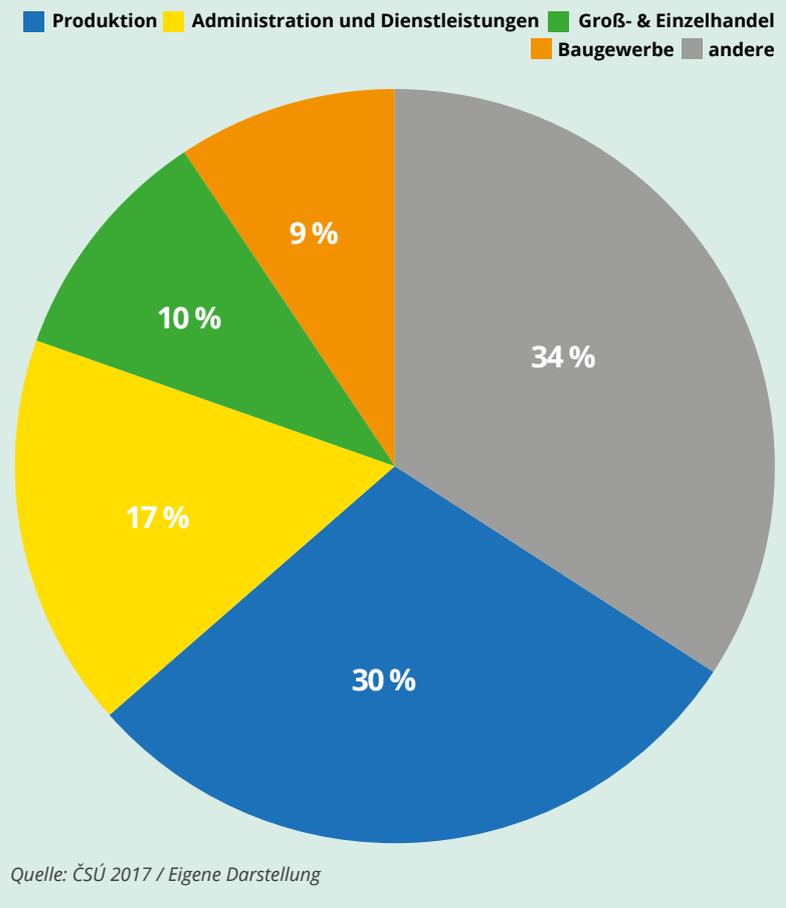
**ARBEITSMIGRATION IST
VOLKSWIRTSCHAFTLICH SEHR
PROFITABEL**

3 Gegenwärtig sind 37 Prozent der Auswärtigen in Prag ansässig (Drbohlav/Janurová 2019).

4 Dabei war Tschechien das erste Land in der Visegrád-Gruppe, welches Programme zur Rekrutierung von Arbeitskräften im Ausland auf den Weg brachte: das erste bereits 2003, das zweite dann 2009.

5 Laut Schätzungen handelt es sich dabei um eine Größe zwischen 40.000 und 300.000 Personen (Drbohlav et al. 2012: 10).

Abb. 2: Tätigkeit von Zugewanderten auf dem tschechischen Arbeitsmarkt nach Sektor



Tatsächlich arbeitet die deutliche Mehrheit der Zugewanderten im Niedriglohnsektor. Im Jahr 2017 war fast jeder zweite Ausländer in Tschechien als angelernter Arbeiter tätig, fast jeder dritte hatte den Status eines Hilfsarbeiters (ČSÚ 2017). Die Arbeitsmigration verschärft die Konkurrenz zwischen Einheimischen und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt dabei kaum. Vielmehr profitiert Tschechien seit Jahren erheblich von dieser Art von Zuwanderung (MIPEX 2015).

FLUCHTMIGRATION IST EIN RANDPHÄNOMEN

Zwar macht die Arbeitsmigration den größten Teil der gesamten Migrationsströme nach Tschechien aus, doch gibt es auch eine geringe Zahl von Schutzsuchenden, die dort während der vergangenen Jahre Asyl beantragt haben. Im Zeitraum von 2009 bis 2014 registrierte das Land insgesamt 5.463 Erstanträge. 2015, im Jahr der ‚Flüchtlingskrise‘, waren es 1.235. In den beiden darauffolgenden Jahren ging die Zahl der Anträge weiter zurück. Im Jahr 2018 reichten in Tschechien 1.350 Personen erstmalig ein Asylgesuch ein (Eurostat 2019b).⁶ Bis heute stammen die meisten Antragstellenden aus der Ukraine.⁷ In der jüngsten Geschichte des Landes stellen die Zahlen der letzten Jahre

⁶ Den Wiederanstieg von Anträgen 2018 bedingt besonders eine erhöhte Zahl Asylsuchender aus der Ukraine (418 Personen), Georgien (169 Personen), Kuba (154 Personen) und Armenien (117 Personen). Laut dem Sprecher des Innenministeriums Ondřej Krátoška handelt es sich hierbei überwiegend um Personen, „die meist legal auf das Territorium der Tschechischen Republik gekommen sind, sich bereits längere Zeit (manchmal auch mehrere Jahre) hier befinden und durch einen Antrag auf internationalen Schutz ihren [weiteren] Aufenthalt [...], beispielsweise nach dem Auslaufen eines gültigen Visums“, zu legalisieren versuchen (iRozhlas 2019).

⁷ Regelmäßig suchen die Betroffenen während des Asylverfahrens nach Arbeit, um ihre Bleibeperspektive zu erhöhen (Drbohlav et al. 2012: 10).

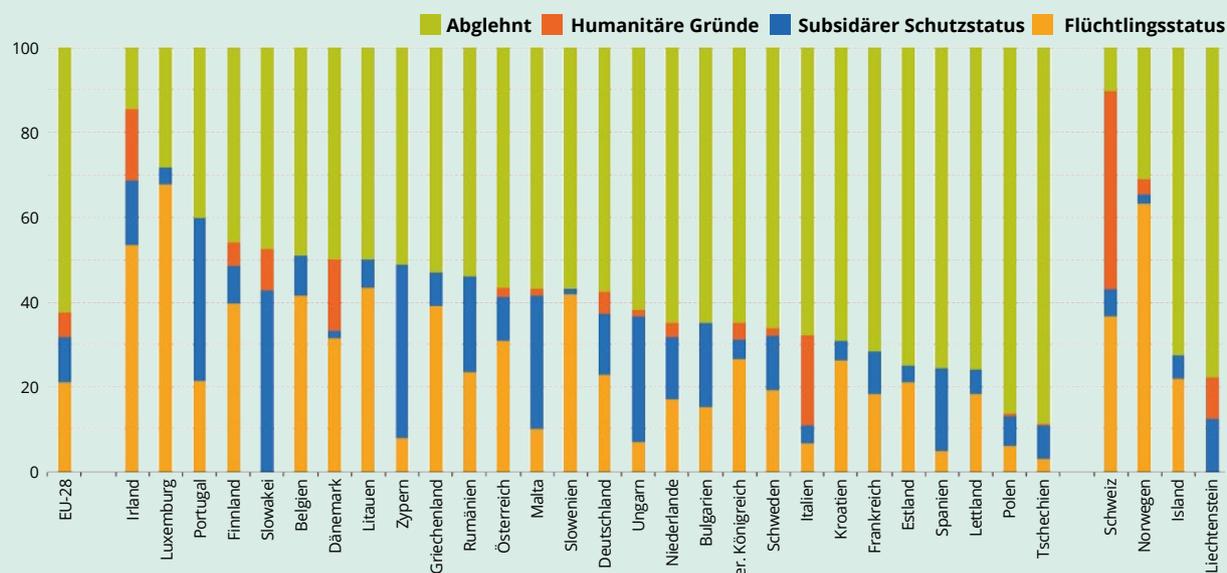
Abb. 3: Anzahl der Erstanträge auf internationalen Schutz in Tschechien



Quelle: Eurostat 2019b / Eigene Darstellung

keinesfalls ein Extrem dar.⁸ Zugleich sind sie nicht nur im gesamt-europäischen, sondern auch im ostmitteleuropäischen Vergleich niedrig.⁹ Der schwierige Spracherwerb, die geografische Lage eines Binnenstaates und die Tatsache, dass Asylsuchende die ‚alten‘ EU-Mitglieder wegen ihres höheren Lebensstandards und bereits existierender sozialer Verbindungen (etwa zu ansässigen Familienangehörigen) vorziehen, erklären diesen Umstand nur zum Teil. Hinzu kommt: Nur die wenigsten Asylgesuche werden in Tschechien positiv beschieden. Im Zeitraum von 1993 bis 2008 wurden von 83.237 Asylanträgen über 97 Prozent abgelehnt (Horáková 2008).

Abb. 4: Verteilung erstinstanzlicher Entscheidungen über Asylanträge 2018 (in %)



Quelle: Eurostat 2020

8 Die meisten Asylanträge verzeichnete Tschechien bislang um die letzte Jahrhundertwende. 1999 stieg die Zahl der Schutzgesuche erstmalig über 7.200 (MVČR 2019a). Ein Drittel der Antragstellenden stammte aus Afghanistan, das durch den Machtzuwachs der fundamentalistisch-islamischen Taliban unter Druck geraten war. Im Folgejahr stieg die Zahl der Asylanträge weiter auf fast 8.800. Die meisten Schutzsuchenden – 1.143 Personen an der Zahl – waren Ukrainer (MVČR 2019b). Die höchste Zahl an Asylanträgen verzeichnete Tschechien mit über 18.000 im Jahr 2001, was im Verhältnis zum Vorjahr einen Anstieg von 106 Prozent bedeutete. Fast ein Viertel aller Schutzgesuche entfiel erneut auf Personen aus der Ukraine (MVČR 2019c).

9 In den vergangenen Jahren beantragten in Polen (2014: 8.020, 2015: 12.190, 2016: 12.305, 2017: 5.045 und 2018: 4.110) und Ungarn (2014: 42.775, 2015: 177.135, 2016: 29.430, 2017: 3.390 und 2018: 670) deutlich mehr Personen Asyl (Eurostat 2019b).

NEUN VON ZEHN ASYLANTRÄGERN WERDEN ABGELEHNT

Obwohl sich die Bewilligungsquote seither erhöht hat, wurden 2018 noch immer neun von zehn Anträgen erstinstanzlich abgewiesen, was dem höchsten Wert der Ablehnung in der gesamten EU entspricht (Eurostat 2020).

Irregulär Einreisende und Einwanderer ohne Aufenthaltsstatus, wie sie im massenmedialen wie politischen Diskurs regelmäßig Bestandteil migrationskritischer Argumentationen sind, registriert Tschechien nur in geringer Zahl.

Abb. 5: Entwicklung von irregulären Einreisen und Einwanderungen ohne Aufenthaltsstatus (Anzahl von Personen)



Quelle: ČSÚ 2019c / Eigene Darstellung

Wie Abbildung 5 zeigt, stieg die Zahl der irregulär Eingereisten wie der Einwanderer ohne Aufenthaltsstatus 2015 zwar signifikant, 2016 ging sie aber wieder deutlich zurück. Laut Angaben der tschechischen Polizei sank sie bereits 2017 auf einen Stand, der demjenigen vor der ‚Flüchtlingskrise‘ entsprach (vgl. auch Policie ČR 2018).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die tschechische Bevölkerung hat sich im 20. Jahrhundert insofern stark homogenisiert, als dass nationale Minderheiten seit der Aussiedlung der Deutschen kaum eine Rolle spielen. In der Nachwendezeit entwickelte sich das Land allerdings zum populärsten Einwanderungsland in Ostmitteleuropa. Die ausländische Bevölkerung wächst seit Jahren beständig. Dieser Trend wird bei guter volkswirtschaftlicher Entwicklung auch in den folgenden Jahren anhalten. Bei dem Gros der Zuwandernden handelt es sich um Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Was die Themen Flucht und Asyl anbelangt, ist Tschechien kein besonders attraktives Ziel. Auch die Zahlen von irregulär Eingereisten und von Einwanderern ohne Aufenthaltsstatus liegen im europäischen Vergleich bis heute in einem überschaubaren Bereich.

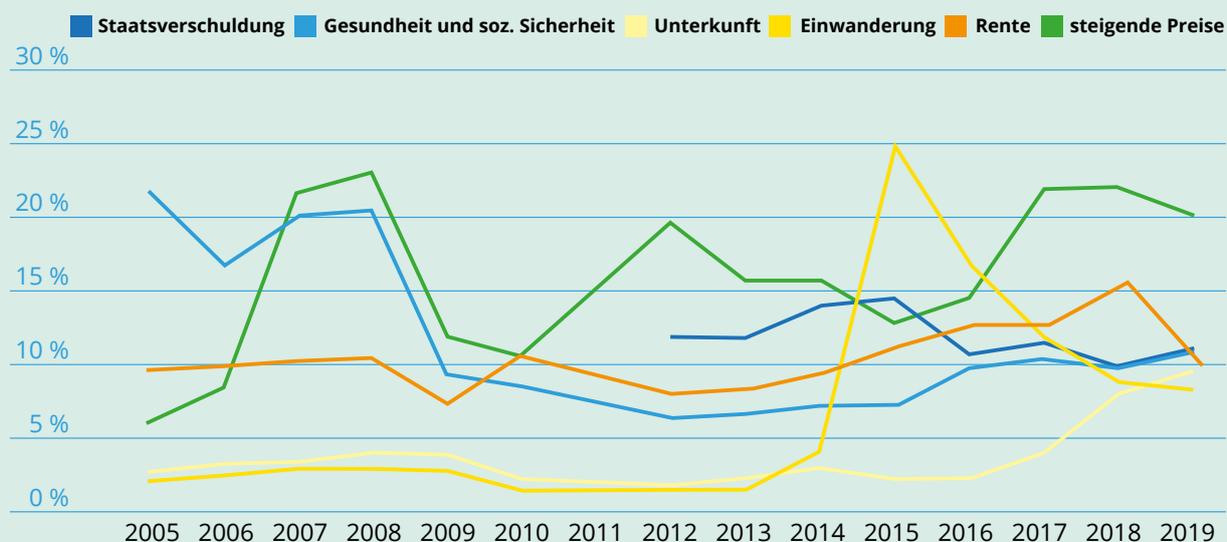
3. MIGRATION IN DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

3.1 WIE WICHTIG IST DAS THEMA MIGRATION?

ERST DIE ‚FLÜCHTLINGSKRISE‘ MACHTE MIGRATION VIRULENT

Trotz der steigenden Zahl ausländischer Staatsangehöriger hatte der Themenkomplex Migration und Flucht in Tschechien – ähnlich wie in den anderen Visegrád-Staaten – lange Jahre eine sehr niedrige Salienz, also öffentliche Bedeutung. Dass im Zusammenhang mit der ‚Flüchtlingskrise‘ besonders die Immigration zu einem sehr wichtigen Thema wurde, zeigen etwa die Antworten auf folgende Frage im Rahmen des Eurobarometers: „Welche sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Themen, mit denen die Tschechische Republik gegenwärtig konfrontiert ist?“ (EC 2019a)

Abb. 6: Salienz – die wichtigsten Themen in Tschechien



Quelle: EC 2019a / Eigene Darstellung

Nannten im Jahr 2014 noch weniger als zehn Prozent der Befragten Immigration als eines der beiden wichtigsten Themen für Tschechien, waren es im Mai 2015 bereits 18 Prozent und im November desselben Jahres sogar 47 Prozent. Immigration wurde damit zum wichtigsten Thema – und zwar weit vor sozioökonomischen Themen wie Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten (21 Prozent), Rente (21 Prozent) und Arbeitslosigkeit (19 Prozent). Noch im Frühjahr 2016 war für 32 Prozent der Befragten Immigration das Thema Nummer Eins. In der Folgezeit nahm seine Bedeutung allerdings kontinuierlich ab. Zum letzten Erhebungszeitpunkt im Juni 2019 rangierte Immigration mit acht Prozent nur mehr an sechster Stelle. Wichtiger für Tschechien erschienen den Befragten erneut sozioökonomische Themen wie Steigende Preise/Inflation/Lebenshaltungskosten (20 Prozent) oder Rente (19 Prozent) (EC 2019a).¹⁰

3.2 WIE WERDEN VERSCHIEDENE ASPEKTE VON MIGRATION WAHRGENOMMEN?

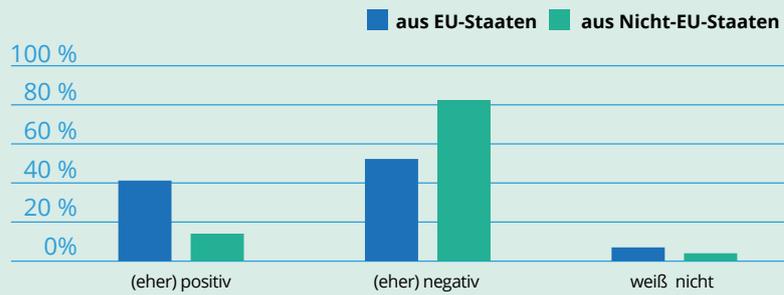
Weitgehend unabhängig von der gesellschaftlichen Bedeutung nehmen Tschechinnen und Tschechen Immigration hauptsächlich als Problem wahr: Aus einem Special-Eurobarometer von 2018 geht hervor, dass 49 Prozent der Befragten meinen, Zuwanderung stelle für ihr Land eher ein Problem dar. 32 Prozent vertreten die Ansicht, sie sei gleichermaßen Problem und Chance. Nur zehn Prozent glauben, Immigration sei eher eine Chance (EC 2018a: 2).¹¹ Die Ergebnisse des regulären Eurobarometers fallen noch eindeutiger aus.

**ZUWANDERUNG
WIRD ALS PROBLEM
WAHRGENOMMEN**

¹⁰ Etwas anders gelagert ist die Relevanz unterschiedlicher Themen laut einer national organisierten Umfrage vom März 2019: 90 Prozent der Befragten gaben darin an, sie hielten das Thema Korruption für sehr oder eher dringlich. Mit 81 Prozent rangierte Immigration an dritter Stelle – sieben Prozentpunkte hinter dem Thema Wirtschaftskriminalität (CVVM 2019a: 2). Mit Blick auf verschiedene internationale und nationale Umfragen zur ‚Flüchtlingskrise‘ erscheint folgende Ambivalenz bemerkenswert: Die Salienz des Themas nimmt signifikant ab, sobald die Befragten nicht mehr einschätzen sollen, was für ihr Land am wichtigsten ist, sondern für sie selbst (MEDIAN 2015: 3; EC 2019a). Auf persönlicher Ebene, so lässt sich pointieren, sind Tschechen gegenüber Immigranten im Allgemeinen und Flüchtlingen im Besonderen vergleichsweise gleichgültig. Diese Gleichgültigkeit korrespondiert dabei in gewisser Weise mit den lebensweltlichen Erfahrungen, die Tschechen mit Ausländern haben: 76 Prozent haben weder im Rahmen der Familie noch im Freundeskreis Kontakt zu Immigranten (EC 2018a: 1).

¹¹ Ähnliche Resultate förderte eine nationale Umfrage Anfang 2019 zutage: 53 Prozent der befragten Tschechinnen und Tschechen halten neu ankommende Personen anderer Nationalitäten für ein Problem (CVVM 2019b).

Abb. 7: Einstellungen der Tschechinnen und Tschechen gegenüber dem Zuzug aus EU- und Nicht-EU-Staaten (in %)

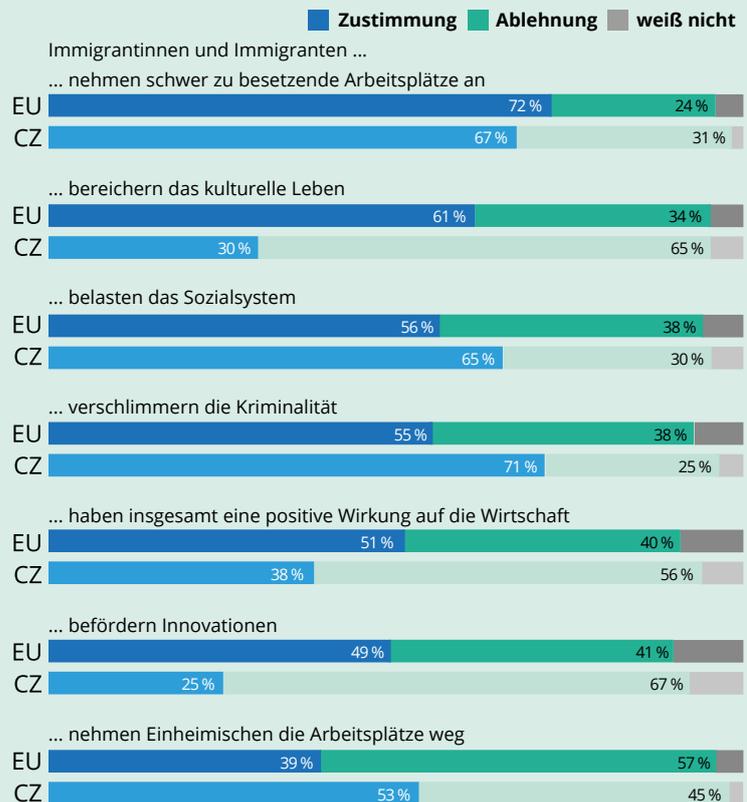


Quellen: EC 2019b und 2019c / Eigene Darstellung

SELBST DEN ZUZUG AUS EU-STAAATEN BEWERTET JEDER ZWEITE KRITISCH

Während im November 2019 rund 48 Prozent der Befragten die Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten (eher) negativ bewerteten, waren bezüglich der außereuropäischen Immigration ganze 75 Prozent (eher) negativ eingestellt. Verglichen mit dem EU-Durchschnitt sind Tschechinnen und Tschechen deutlich zugewanderungskritischer. Ihre besonders negative Einstellung gegenüber Immigration sticht jedoch auch im ostmitteleuropäischen Vergleich heraus: Während nur Slowakinnen und Slowaken (76 Prozent) die außereuropäische Zuwanderung ähnlich negativ bewerten, tun dies deutlich weniger Personen aus Polen (52 Prozent) und Ungarn (63 Prozent) (EC 2019c). Besonders der Immigration aus EU-Staaten begegnen sie mit weit geringerer Skepsis. Nur 19 Prozent der Befragten aus Polen, 43 Prozent aus der Slowakei und 25 Prozent aus Ungarn standen Mitte 2019 der europäischen Zuwanderung (eher) negativ gegenüber (EC 2019b). Einen differenzierten Blick auf die tschechische Anti-Migrationshaltung eröffnen die in Abbildung 8 dargestellten Umfrageergebnisse.

Abb. 8: Bewertung des Einflusses von Immigrantinnen und Immigranten auf verschiedene Zusammenhänge



Quelle: EC 2018a / Eigene Darstellung

Bemerkenswert an den Einstellungen erscheint zunächst, dass Tschechinnen und Tschechen im Zusammenhang mit Immigration Wirtschaft und Sozialstaatlichkeit problematisieren: 53 Prozent der Befragten meinen, Immigrantinnen und Immigranten nähmen Einheimischen die Jobs weg. Zwar erkennen 67 Prozent an, dass Zugewanderte vorhandene Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu schließen helfen. Dennoch zeigen sich 56 Prozent der Respondenten zugleich davon überzeugt, Zuwanderung beeinflusse die heimische Wirtschaft negativ. 65 Prozent schätzen die Immigration darüber hinaus als eine Belastung für das Sozialsystem ein (EC 2018a).

WIRTSCHAFT UND SOZIALSTAAT WERDEN ALS BEDROHT EMPFUNDEN

In der öffentlichen Meinung gegenüber Immigrantinnen und Immigranten wiegen allerdings nicht ökonomische und sozialstaatliche Belange am schwersten. Am wichtigsten ist das Thema Sicherheit. 71 Prozent der Befragten geben an, Zuwanderung führe zu einer Erhöhung der Kriminalität. Nicht nur ist dieser Wert im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt signifikant höher. Auch in Relation mit Polen (54 Prozent; EC 2018b), Slowaken (61 Prozent; EC 2018c) und Ungarn (65 Prozent; EC 2018d) haben Tschechinnen und Tschechen größere Bedenken hinsichtlich des Einflusses von Zuwanderung auf die Sicherheitslage in ihrem Land. Wirft man einen detaillierteren Blick auf die öffentliche Meinung, werden diese Bedenken etwas konkreter: Im November 2018 gaben jeweils 89 Prozent der Befragten an, die größten „realen Gefahren für die Tschechische Republik“ seien „terroristische Gruppierungen und Individuen“, „international organisierte Kriminalität“ und „Flüchtlinge“. 76 Prozent halten „[i]n Tschechien lebende Ausländer“ für gefährlich (CVVM 2018a).¹²

SICHERHEIT IST DIE GRÖSSTE SORGE

Erstaunlich an der Bewertung des Einflusses von Immigration auf verschiedene Zusammenhänge erscheint zuletzt, dass Aspekte, die mit Diversität verbunden und von der Umfrage ausdrücklich positiv konnotiert sind – wie die Bereicherung der einheimischen Kultur oder die Förderung von Innovationen durch Zugewanderte –, von den Befragten geringgeschätzt werden. Verglichen mit dem EU-Durchschnitt sind die Werte dabei nur etwa halb so hoch. Und selbst im Vergleich mit anderen ostmitteleuropäischen Gesellschaften glauben Tschechinnen und Tschechen am wenigsten daran, dass Zugewanderte ihrem Land etwas Positives bringen könnten. Ähnliche Ergebnisse lieferte auch eine nationale Erhebung von Anfang 2019: Beispielsweise waren nur 21 Prozent der Befragten der Meinung, langfristig in Tschechien lebende Ausländerinnen und Ausländer bereicherten die heimische Kultur, während 26 Prozent diese Aussage eher und 22 Prozent entschieden verneinten (CVVM 2019b). Im Unterschied zu anderen Ländern, zu denen beispielsweise Deutschland zählt (EC 2018e), wirkt somit kaum etwas potenziell ausgleichend auf die Bedenken gegenüber Migration. Zugewanderte sind für die tschechische Mehrheitsgesellschaft hauptsächlich negativ konnotiert. Und zwar auch dann, wenn sie Hilfsansprüche haben, wie dies bei Flüchtlingen regelmäßig der Fall ist.

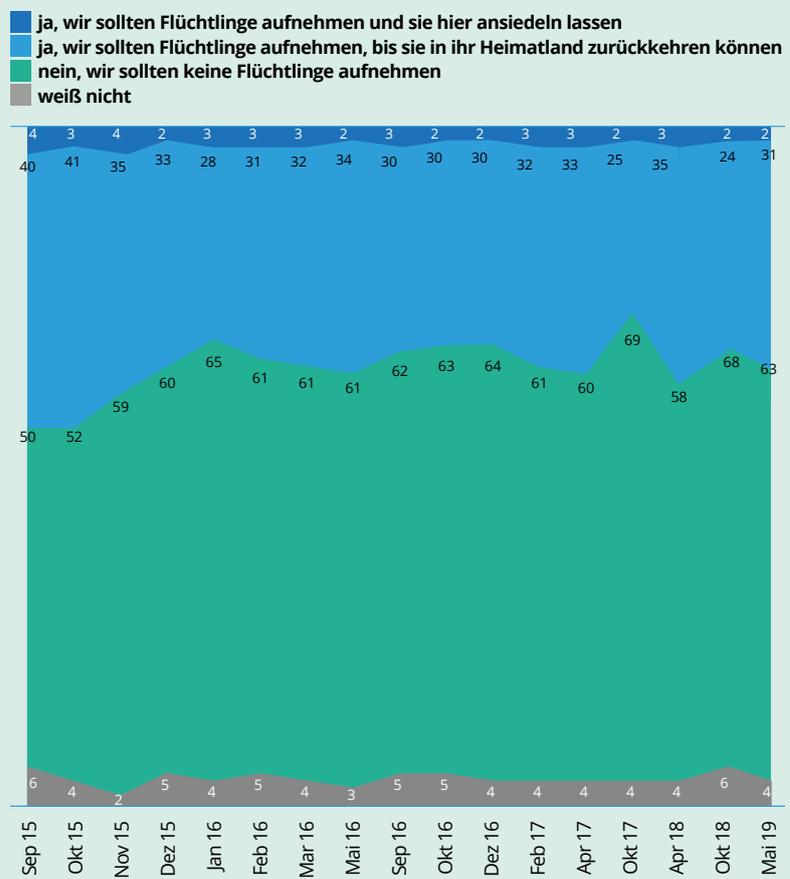
POSITIVE ASPEKTE VON ZUWANDERUNG SIND KAUM RELEVANT

12 Dazu sind 61 Prozent der Tschechinnen und Tschechen der Meinung, die Sicherheitslage in Europa habe sich in den vergangenen fünf Jahren verschlechtert (CVVM 2018b). Kriminalstatistiken stützen diese Einstellungen dabei nicht (ČSÚ 2018a: 171f.). Der Anteil der Straftaten, die in Tschechien von Ausländerinnen und Ausländern verübt werden, korrespondiert in etwa mit deren Anteil an der Gesamtbevölkerung (Nadace Open Society Fund et al. 2017), d.h. statistisch gesehen sind Zugewanderte kaum krimineller als Einheimische (ČSÚ 2018b). Terroristische Anschläge, wie sie sich in den vergangenen Jahren in Westeuropa ereignet haben, gab es in ganz Ostmitteleuropa keine. Dazu geben 87 Prozent der Tschechinnen und Tschechen an, sich in ihrem Land insgesamt (eher) sicher zu fühlen (CVVM 2019c).

3.3 WIE IST DIE TSCHECHISCHE BEVÖLKERUNG GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN EINGESTELLT?

Meinten im Jahr der ‚Flüchtlingskrise‘ noch rund 40 Prozent der Befragten, Tschechien solle Flüchtlinge solange aufnehmen, bis es ihnen möglich ist, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, verringerte sich ihre Zahl im Zeitverlauf um bis zu 16 Prozentpunkte. Die Gruppe derer, die sich gegen eine Flüchtlingsaufnahme aussprachen, wuchs hingegen von Beginn der Erhebung an, wobei bereits im Herbst 2015 jeder zweite Befragte dagegen war.¹³ Dass die im europäischen Vergleich signifikant stärker ablehnende Haltung gegenüber Flüchtlingen durch endogene wie exogene Faktoren stimuliert wurde, eröffnet der Blick auf die relativen Extremwerte in Abbildung 9.

Abb. 9: Haltung in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus Staaten, die von einem kriegerischen Konflikt betroffen sind (in %)



Quelle: CVVM 2019c / Eigene Darstellung

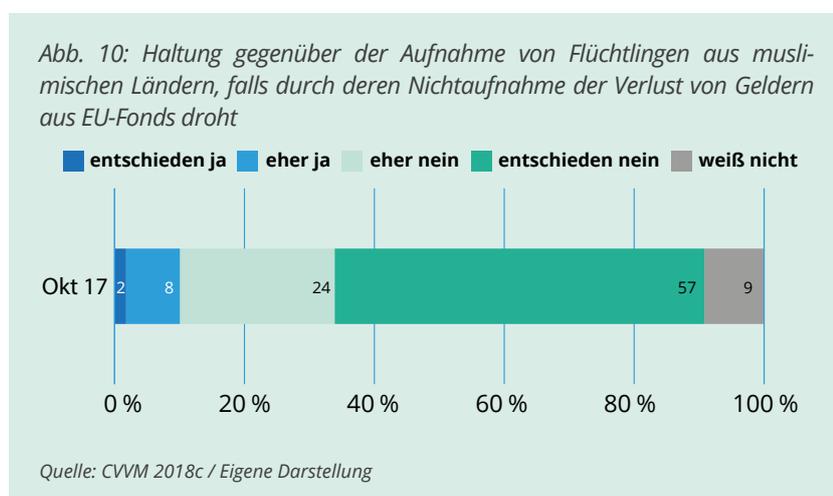
DIE MIGRATIONSFEINDLICHKEIT HAT UNTERSCHIEDLICHE AUSLÖSER

Im Januar 2016 erreichte die ablehnende Haltung mit 65 Prozent ihren vorläufigen Höhepunkt. Dem ging etwa die vielfach verfolgte Weihnachtsansprache des tschechischen Präsidenten im Dezember 2015 voraus. In verschwörungstheoretischer Manier akzentuierte Miloš Zeman darin die mit Flüchtlingen verbundenen Risiken. Ausgehend von der Annahme, die Flucht aus dem

¹³ Ein detaillierter Blick auf die Umfrageergebnisse zeigt, dass ein niedriger Lebensstandard, ein niedriges Bildungsniveau und die Verortung auf der linken Seite des politischen Spektrums die Ablehnung von Flüchtlingen begünstigen (CVVM 2019c). Aus (west-)deutscher Perspektive mag sich die Frage stellen, wie eine linke politische Orientierung mit einer relativ starken Anti-Migrationshaltung zusammenpasst. Erklären lässt sich dieser Umstand dadurch, dass in Tschechien – angesichts der starken Säkularisierung und ethnischen Homogenität der Gesellschaft – bei der Bestimmung von rechts und links weit weniger kulturelle Fragen eine Rolle spielen als ökonomische (Rovny 2017).

Nahen Osten und Nordafrika „stärk[e] objektiv den Islamischen Staat“, gelangte er zu der Erklärung, „dass das, womit wir konfrontiert sind, eine organisierte Invasion und keinesfalls eine spontane Bewegung von Flüchtlingen ist“ (Zeman 2015).¹⁴ Zur weiteren Verschlechterung der Stimmungslage gegenüber Flüchtlingen trugen sowohl die islamistisch motivierten Terroranschläge Mitte November 2015 in Paris bei als auch die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht, die auch in Tschechien für großes Aufsehen sorgten.

Ihren zweiten relativen Höhepunkt erreichte die ablehnende Haltung im Oktober 2017, wenige Monate, nachdem die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Tschechien eingeleitet hatte, weil sich das Land dezidiert gegen die quotierte Verteilung von Flüchtlingen aussprach.¹⁵ Verbunden mit der traditionell hohen EU-Skepsis der Tschechinnen und Tschechen – im Juni 2019 waren 39 Prozent der EU eher nicht und 23 Prozent überhaupt nicht zugetan (EC 2019d) – erstaunt auch das Umfrageergebnis in Abbildung 10 kaum.



An diesem Befund sticht Folgendes heraus: Als das staatlich finanzierte Zentrum für Meinungsforschung (*Centrum pro výzkum veřejného mínění*, CVVM) im Oktober 2017 lediglich die Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen abfragte, äußerten sich 69 Prozent der Tschechen negativ (vgl. Abbildung 9). Wurde die potenzielle Aufnahme im Rahmen derselben Befragung an die Möglichkeit gekoppelt, EU-Gelder zu verlieren, stieg die Zahl derjenigen, die nicht aufnahmebereit waren, auf 81 Prozent (vgl. Abb. 10). Dies führt zu dem Schluss, dass der von etlichen westlichen Politikerinnen und Politikern in Richtung der Visegrád-Gruppe ausgeübte Druck mindestens im tschechischen Fall kontraproduktiv war.

DRUCK AUS DEM WESTEN IST KONTRAPRODUKTIV

Im Oktober 2018 erreichten die negativen Einstellungen gegenüber Flüchtlingen ihren vorerst letzten Höhepunkt: 68 Prozent der Tschechinnen und Tschechen sprachen sich gegen deren Aufnahme aus. Die wesentliche Bedingung für die verstärkte Anti-Migrationshaltung lieferte die Diskussion um den Globalen Migrationspakt (*Global Compact for Migration*). Während das Abkommen vielerorts in Europa auf Wohlwollen stieß, geriet es in Tschechien – nicht zuletzt in Abkehr zur Brüsseler Migrationspolitik – stark unter Beschuss und sorgte auch innerhalb der Regierungskoalition für Spannungen (vgl. Kapitel 5.1).

¹⁴ Organisiert sei diese Invasion laut Zeman (2015) von der Muslimbruderschaft, die dadurch versuche, Europa zu destabilisieren und unter ihre Gewalt zu bekommen. Eine liberale Migrationspolitik spielt in dieser Logik den Feinden Europas in die Hände.

¹⁵ Obwohl Tschechien 2015 gegen die Quoten-Regelung gestimmt hatte, erklärte sich die sozialdemokratisch geführte Regierung unter Bohuslav Sobotka Ende desselben Jahres bereit, rund 150 Irakerinnen und Iraker christlichen Glaubens aufzunehmen. Einreisen sollten am Ende lediglich 89 Personen, danach wurde die Aufnahme bis auf Weiteres gestoppt. Unmittelbar bedingt hatten den Stopp 25 Personen, die sich im Frühjahr 2016 nach Deutschland absetzten. Andere kehrten in den Folgemonaten auf eigenen Wunsch in den Irak zurück (Radio Praha 2017).

Abb. 11: Plakat auf einer Anti-Flüchtlings-Demonstration im August 2015 in Prag: „IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK WOLLEN WIR KEINE IMMIGRANTEN! Wir sind hier zuhause. Stopp EU. Stopp Multikulti“



Foto: ČTK

STARKE VORBEHALTE GEGENÜBER MUSLIMEN

Einen besonders starken Abwehrreflex haben Tschechinnen und Tschechen gegenüber Musliminnen und Muslimen respektive dem Islam. Waren im April 2018 etwa 37 Prozent der Befragten (eher) dafür, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen und 55 Prozent (eher) dagegen, präsentierten sich die Einstellungen gegenüber Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Nordafrika deutlich negativer: Nur 16 Prozent sprachen sich (eher) dafür aus, (eher) dagegen waren 79 Prozent (CVM 2018c).¹⁶ Und auch wenn Tschechinnen und Tschechen nach ihren Sympathien gegenüber verschiedenen Staaten befragt werden, rangieren auf den letzten Plätzen mit Palästina, Syrien, Irak, Afghanistan und Iran nur islamisch geprägte Länder (CVM 2019d).

VIER VON FÜNF TSCHECHEN KENNEN KEINE MUSLIME

Eine repräsentative Studie untersuchte 2018 die Einstellungen der tschechischen Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen genauer: 75 Prozent der Befragten meinten, sie seien gegenüber Muslimen verschlossen; gleichzeitig gaben 80 Prozent an, persönlich keine zu kennen.¹⁷ Besonders negativ war die Haltung gegenüber Muslimen aus arabischen Ländern (79 Prozent der Befragten äußerten Bedenken), vor Muslimen, die in Tschechien geboren wurden, haben 51 Prozent der Tschechen Angst (MEDIAN 2018: 20). Nur 48 Prozent der Befragten waren (eher) einverstanden damit, dass sich Muslime öffentlich zum islamischen Glauben bekennen, 44 Prozent waren dagegen, der Rest antwortete mit „weiß nicht“. Dass sich Muslime in Moscheen oder Gemeindezentren versammeln, befürworteten (eher) 36 Prozent, während dies 57 Prozent ablehnten (MEDIAN 2018: 17).

INFOBOX – Roma

In Tschechien stellen Roma die größte ethnische Minderheit. Im öffentlichen, medialen und politischen Diskurs zählen sie regelmäßig nicht zur tschechischen Mehrheitsgesellschaft, sondern werden als separate Personengruppe beschrieben. Laut der letzten qualifizierten Schätzung lebten 2017 rund 240.300 Roma in der Republik, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2,2 Prozent entspricht (Vláda ČR 2019). Auf das heutige Landesgebiet

¹⁶ Im Mai 2019 waren sogar 81 Prozent der befragten Tschechinnen und Tschechen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Nordafrika (CVM 2019c).

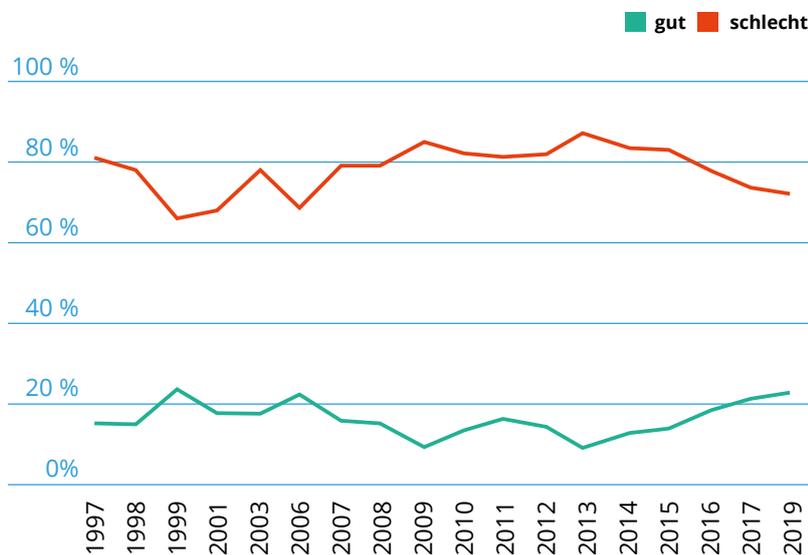
¹⁷ Die hohe Unkenntnis ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass nur etwa 22.000 Musliminnen und Muslime in Tschechien leben, was 0,2 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht (Šajtar 2018).

kamen Roma Ende des 14. Jahrhunderts. Von Anfang an waren sie dabei Ziel mehr oder minder starker Anfeindungen, die im 20. Jahrhundert in extremem Rassismus kulminierten. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Mehrheit der tschechischen Roma von den deutschen Besatzern in Konzentrationslagern ermordet. Unter dem kommunistischen Regime sahen sich die Verbliebenen mit anderen Formen der Diskriminierung konfrontiert, die von der Unterdrückung ihrer Sprache Romani bis hin zu Zwangssterilisierungen reichten. Erst vor wenigen Jahren begann sich das Verhältnis zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der Minderheit der Roma allmählich zu ändern.

Im April 2019 fand eine repräsentative Umfrage zum Thema „Roma und das Zusammenleben mit ihnen aus Sicht der tschechischen Bevölkerung“ statt. Ein Ergebnis: Erst seit 2013 ist in Tschechien eine kontinuierliche Verbesserung zu registrieren. Der in Abbildung 12 verzeichnete positive Trend sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor drei von vier Tschechen (72 Prozent) das Zusammenleben mit Roma als schlecht bewerten, jeder Vierte (24 Prozent) sogar als sehr schlecht (CVVM 2019e). Tatsächlich sind die in Tschechien lebenden Roma sozial stark an den Rand gedrängt. Regelmäßig haben sie in allen Altersgruppen deutlich schlechtere Bildungsabschlüsse als Angehörige der tschechischen Mehrheitsgesellschaft. Mit der niedrigen formalen Bildung verbunden sind Tätigkeiten im Niedriglohnssektor sowie ein höherer Grad an Arbeitslosigkeit: Laut den aktuellsten Daten von 2015 war etwa jeder dritte erwerbsfähige Rom arbeitslos. Das Gefühl, auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen zwölf Monaten diskriminiert worden zu sein, äußerten 28 Prozent der erwerbstätigen Roma (EP 2018).

Begleitet werden diese Lebensumstände von einem ausgeprägten Antiziganismus, worunter „sowohl die Bilder und Vorurteile, die sich Menschen von vermeintlichen ‚Zigeunern‘ machen, als auch die Stigmatisierung von Menschen zu ‚Zigeunern‘ und die daraufhin folgende Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung“ (End 2011: 16) fallen. In Tschechien zirkuliert dabei eine Vielzahl an negativen Stereotypen über Roma, denen zum Beispiel gerne Faulheit unterstellt wird. Genährt werden entsprechende Einstellungen durch Politiker wie Präsident Zeman, der vor nicht allzu langer Zeit verkündete: „Ich bin gewiss kein Freund des Kommunismus, aber im Kommunismus mussten die Roma wenigstens arbeiten“ (Seznamzpravy.cz 2019).

Abb. 12: Bewertung des Zusammenlebens der Roma- und der Nicht-Roma-Bevölkerung in Tschechien



Quelle: CVVM 2019e / Eigene Darstellung

TSCHECHEN VERTRAUEN DER NATIONALEN BERICHT- ERSTATTUNG ÜBER MIGRATION

4. DIE ‚FLÜCHTLINGSKRISE‘ IN DEN MASSENMEDIEN

Im Nachgang zur ‚Flüchtlingskrise‘ wurde einem repräsentativen Teil der tschechischen Gesellschaft im Rahmen eines Special-Eurobarometers folgende Frage gestellt: „Wenn Angelegenheiten, die Immigranten betreffen, in den Medien dargestellt werden, werden sie Ihrer Meinung nach zu positiv, objektiv oder zu negativ dargestellt?“ (EC 2018f: 158) Jeder zweite Tscheche antwortete, die mediale Darstellung von Immigration sei ausgewogen. Das Umfrageergebnis ist insofern bemerkenswert, als dass es im Kontrast steht zu dem Befund einer national organisierten Befragung hinsichtlich der Glaubwürdigkeit verschiedener Medien. Denn im gleichen Erhebungszeitraum gaben 66 Prozent der Tschechinnen und Tschechen an, sie misstrauten der Presse, 62 Prozent, sie misstrauten dem Fernsehen, 47 Prozent meinten, sie misstrauten dem Radio und 46 Prozent dem Internet (CVVM 2018b). Das heißt: Trotz ihres allgemeinen Misstrauens gegenüber Massenmedien hielten sich die Zweifel der Bevölkerung bezüglich der migrationsbezogenen Berichterstattung in Grenzen. Erklärt werden kann dies hauptsächlich dadurch, dass die massenmediale Verarbeitung der Flüchtlingsfrage die Nachrichtenkonsumentinnen und -konsumenten in ihrer Meinung bestätigte.

MIGRATIONSDATEN UND MEDIENBERICHTERSTATTUNG KLAFFEN AUSEINANDER

Tatsächlich gab es laut medienanalytischen Studien eine große Diskrepanz zwischen den geringen Migrationszahlen einerseits und der Frequenz und negativen Darstellung von mit Migration und Flucht zusammenhängenden Themen im Jahr der ‚Flüchtlingskrise‘ andererseits (Tkaczyk et al. 2015).

Blickt man zunächst etwa auf eine Untersuchung verschiedener Sendungen der staatlichen Radiosender *Radiožurnál* und *Plus* im Zeitraum vom 17.08. bis zum 18.09.2015, sticht die hohe Frequenz migrationsbezogener Themen sofort ins Auge: In allen untersuchten Sendungen lag der Anteil von Beiträgen über Migration an der gesamten Sendezeit zwischen 20 und 41 Prozent. In Verbindung brachten die Beiträge Migration überwiegend mit Politik (75 bis 85 Prozent), während soziale Themen marginal blieben (9 bis 19 Prozent). Darstellungen beispielsweise aus dem Alltag eines Flüchtlings fehlten in Gänze (Sedláková et al. o.J.).

DIE MIGRATIONSSKEPSIS VERBINDET SICH MIT KRITIK AN DER EU UND DEUTSCHLAND

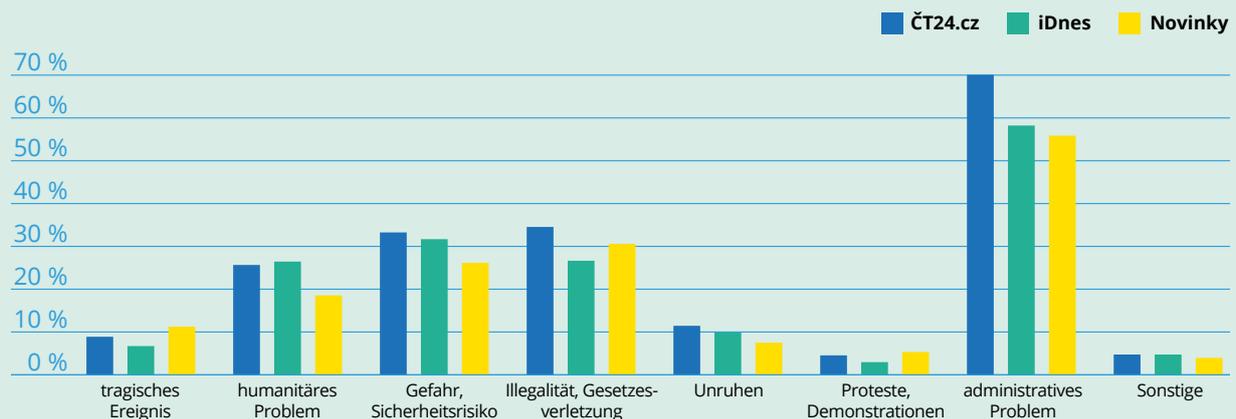
Auch eine Untersuchung der Presseberichterstattung zeigt, dass Migration im Jahr der ‚Flüchtlingskrise‘ ausgesprochen häufig zum Thema gemacht wurde. Gleichzeitig war Tschechien eines der Länder, dessen Presse den Fokus deutlich seltener auf humanitäre denn auf administrative und auf sicherheitsbezogene Aspekte legte (EJO 2015). „Die Nennung defensiver Maßnahmen (Grenzschließung, Verschärfung der Registrierungsprozeduren, Erhöhung der Polizei- und Armeepräsenz etc.) dominierte die Nennung von Sorgemaßnahmen“ (Georgiou/Zaborowski 2017: 12).¹⁸ Es interessierten hauptsächlich die Auswirkungen der ‚Flüchtlingskrise‘ auf Tschechien selbst und der Umgang der Regierung damit (EJO 2015). Im europäischen Vergleich war die migrationsbezogene Presseberichterstattung negativ. Regelmäßig ging sie einher mit Kritik an der EU und an Deutschland, zumal Merkels Entscheidung, Tausende Flüchtlinge von Ungarn nach Deutschland einreisen zu lassen, Tschechien als ‚Transitland‘ besonders betraf (EJO 2015).¹⁹

18 Die Priorisierung möglicher Reaktionen auf die Migrationsbewegungen in Richtung Europa korrespondiert nur bedingt mit der öffentlichen Meinung: Mit 80 Prozent erschien den meisten Befragten eine aktivere Beschäftigung mit der „Lösung Dritter-Welt-Probleme, die zu Immigration führen“ (MEDIAN 2015: 4), am vielversprechendsten.

19 Entsprechend nimmt es kaum wunder, dass sich die Sympathiewerte der Tschechinnen und Tschechen für Deutschland im Allgemeinen und für Angela Merkel im Speziellen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechterten: Fanden im Januar 2015 noch 63 Prozent der Befragten Deutschland (eher) sympathisch, waren es im November 2019 nur noch 48 Prozent (CWM 2019d). Sprachen 2006 nur 14 Prozent Merkel ihr Misstrauen aus, sind es laut aktuellen Daten 68 Prozent (CVVM 2019f).

Für die Internetberichterstattung der beiden 2015 meist besuchten Nachrichtenportale *iDnes* und *Novinky* sowie der Internetseite des staatlichen Fernsehens *ČT24.cz* liegt eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung vor. Allein 2015 veröffentlichten die genannten Portale 716 (*ČT24.cz*), 723 (*iDnes*) bzw. 1025 (*Novinky*) Beiträge, die hauptsächlich die „Europäische Migrationskrise“ (Tkaczyk 2017) behandelten. Die im Untersuchungszeitraum vom 26.06. bis 31.10.2015 inhaltsanalytisch erschlossenen Artikel framen Migration und Flucht typischerweise wie folgt:

Abb.13: Framing der ‚Europäischen Migrationskrise‘ in den Medienbeiträgen auf den meist besuchten Internetportalen



Quelle: Tkaczyk 2017: 101 / Eigene Darstellung

Das Gros der Beiträge (*ČT24.cz* in 71 Prozent, *iDnes* in 58 Prozent und *Novinky* in 56 Prozent der Fälle) stellte die Ereignisse als administrativ zu behandelnde Angelegenheiten also als Steuerungsprobleme dar. Thematisch adressierten die Nachrichten dabei hauptsächlich die Policy-Dimension, beispielsweise indem über Verwaltungsprozesse bei der Registrierung von Flüchtlingen oder über die Regelung deren quotierter Relokation berichtet wurde (Tkaczyk 2017: 101). Am zweithäufigsten (*ČT24.cz* in 33 Prozent, *iDnes* in 32 Prozent und *Novinky* in 27 Prozent der Fälle) respektive in etwa jedem dritten Beitrag thematisierten die Nachrichtenportale die ‚Europäische Migrationskrise‘ als Sicherheitsbedrohung. Am dritthäufigsten (*ČT24.cz* in 35 Prozent, *iDnes* in 27 Prozent und *Novinky* in 31 Prozent der Fälle) wurde sie mit Illegalität bzw. Rechtsbrüchen verknüpft (Tkaczyk 2017: 101).

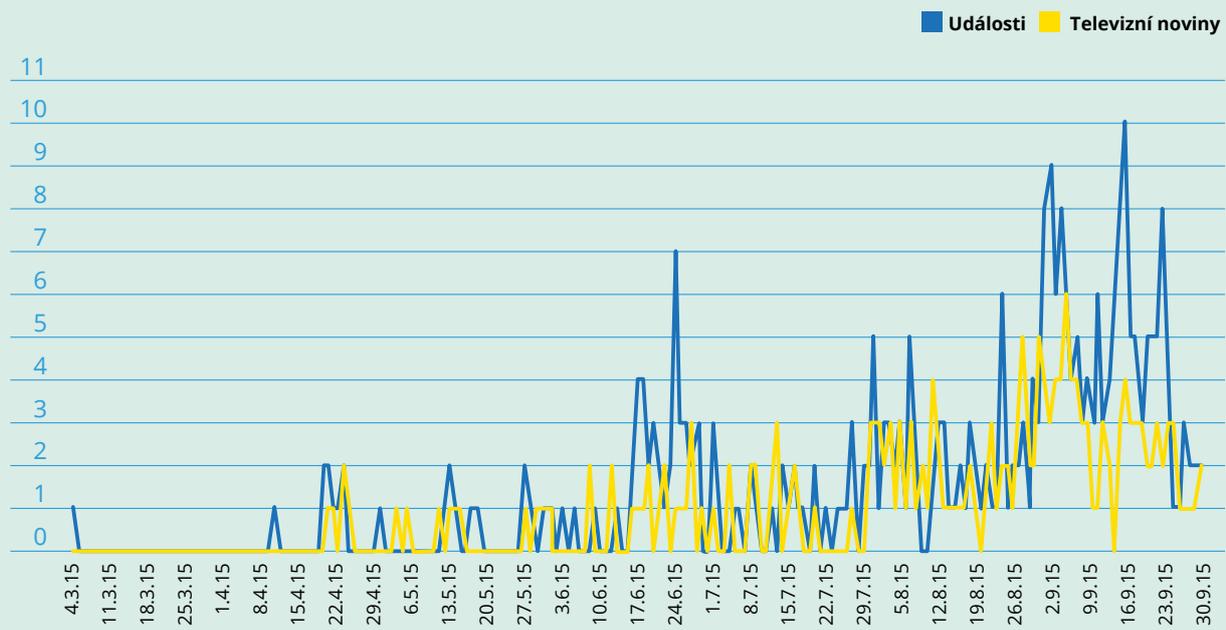
ADMINISTRATIVE UND SICHERHEITASPEKTE STANDEN IM FOKUS DER MEDIENBERICHTE

Das meist konsumierte Medium in Tschechien ist das Fernsehen (Macek et al. 2015: 9). Eine Untersuchung der beiden am häufigsten verfolgten Hauptnachrichtensendungen der staatlichen *Události ČT* und der privaten *Televizní noviny TV Nova* im Zeitraum vom 04.03. bis zum 30.09.2015 ergab, dass der Themenkomplex im Zeitverlauf eine immer größere Rolle spielte (vgl. Abb. 14).

Abgesehen davon, dass das staatliche Fernsehen häufiger über die ‚Flüchtlingskrise‘ informierte als das private, fand die inhaltsanalytische Untersuchung heraus, dass in beiden Fällen vor allem ihre Konsequenzen für Tschechien behandelt wurden (*ČT* in 40 Prozent und *Nova* in 37 Prozent der Fälle). Flüchtlingsquoten waren dabei das häufigste Thema (Tkaczyk et al. 2015: 1). In der Berichterstattung selbst wurden Flüchtlinge – ähnlich wie im Fall der Internetberichterstattung – überwiegend als administratives Problem dargestellt (*ČT* in 51 Prozent und *Nova* in 60 Prozent der Fälle), als Objekt polizeilicher Tätigkeit (*ČT* in 32 Prozent und *Nova* in 30 Prozent der Fälle) oder als Sicherheitsbedrohung (*ČT* in

FLÜCHTLINGE WURDEN SELTEN ALS OPFER TRAGISCHER UMSTÄNDE DARGESTELLT

Abb. 14: Anzahl der auf die ‚Flüchtlingskrise‘ bezogenen Beiträge im Zeitverlauf



Quelle: Tkaczyk et al. 2015: 1 / Eigene Darstellung

19 Prozent und *Nova* in 23 Prozent der Fälle). Nur vereinzelt adressierten die Hauptnachrichten die Fluchtursachen bzw. Flüchtlinge als Opfer tragischer Umstände. Entsprechend kommt die Untersuchung zu dem Schluss, dass über die ‚Flüchtlingskrise‘ nicht objektiv berichtet wurde.²⁰ Die Darstellungsweise konnte bei den Zuschauerinnen und Zuschauern eher ein Bedrohungsgefühl samt der verstärkten Nachfrage nach kurzfristigen und ‚schlagkräftigen‘ Problemlösungen hervorrufen. Das Ausblenden humanitärer Aspekte erschwerte die Entstehung von Empathie (Tkaczyk et al. 2015: 6).

5. MIGRATION IN DER POLITIK

5.1 WIE MOBILISIEREN POLITISCHE GRUPPIERUNGEN UND ELITEN MIT MIGRATION?

FAST ALLE POLITISCHE GRUPPIERUNGEN SIND MIGRATIONSSKEPTISCH

Ähnlich wie die öffentliche Meinung und massenmediale Darstellung sind auch die (partei-)politischen Reaktionen auf die Themen Flucht und Migration überwiegend kritisch: Fast alle politischen Gruppierungen und Eliten lehnen die Zuwanderung von außerhalb Europas ab. Obwohl es damit auf nationaler Ebene kaum Reibungspunkte gibt, wird dennoch erfolgreich mit Migration mobilisiert. Dies gelingt, indem politische Akteure ihre Migrationskritik zu einer Art von nationaler Selbstbehauptung stilisieren. Dass dabei vor allem die Europäische Union unter Beschuss gerät, honoriert die traditionell europaskeptische Wählerschaft bei Abstimmungen auf nationaler wie auf EU-Ebene immer wieder.

²⁰ Den Gipfel einseitiger Fernsehberichterstattung markiert in Tschechien ein Skandal um den privaten Sender *Prima*. Auf einem Gesprächsmitschnitt, der heimlich auf einer Redaktionssitzung aufgezeichnet worden war und von der investigativen Internetseite *hlidacipes.cz* geleakt wurde, ist Jitka Obzinová, die Chefredakteurin des *Prima*-Nachrichtenrorts, zu hören, wie sie Redakteuren Folgendes mitteilt: Der Sender werde fortan eine klare Stellung zur ‚Flüchtlingskrise‘ beziehen und ihre Gefahren betonen. Diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen das nicht passe, müssten nicht länger für den Sender arbeiten. Eine vergleichende Inhaltsanalyse der Berichterstattung in den Wochen vor und nach besagter Redaktionssitzung förderte zutage, dass die deutliche Ansage der Senderleitung folgenreich war: Waren zuvor neun Prozent der Nachrichtenbeiträge positiv, 53 Prozent neutral und 27 Prozent negativ, blieben positive Beiträge über Migration danach vollkommen aus. Neutral berichtet wurde nur mehr in 28 Prozent der Fälle, 72 Prozent aller Beiträge waren negativ (Howden 2016).

Ein erster Kristallisationspunkt der politischen Mobilisierung mit Migration ist sicherlich die Wahl zum tschechischen Abgeordnetenhaus im Oktober 2017.²¹ Obwohl häufig zu vernehmen war, Migration und Flucht seien keine wahlrelevanten Themen gewesen (vgl. exemplarisch Janzer 2017), ist diese Diagnose richtig und falsch zugleich. Richtig ist sie insofern, als dass es über diese Themen tatsächlich kaum eine kontroverse Diskussion gab. Nahezu alle politischen Gruppierungen demonstrierten Einigkeit darüber, dass Tschechien keine von der EU auferlegte Flüchtlingszuteilung möchte. Flüchtlinge stellten sie in erster Linie als Sicherheitsproblem dar.

Zugleich ist die Aussage, Migration und Flucht hätten im Kontext der Wahl keine Rolle gespielt, auch falsch. Wären die Themen nicht mindestens mittelbar wahlrelevant gewesen, wäre wohl kaum zu erklären, weshalb sich unter den insgesamt 31 zur Wahl stehenden politischen Gruppierungen solche befanden wie „Die Vernünftigen – Stopp der Migration und dem EU-Diktat“ (*Rozumní – stop migraci a diktátu EU*) oder der „Block gegen die Islamisierung – Verteidigung der Heimat“ (*Blok proti islamizaci – Obrana domova*). Auch der erstmalige Einzug der Bewegung „Freiheit und direkte Demokratie“ (*Svoboda a přímá demokracie*, SPD) zeigt an, dass es, verstärkt durch die ‚Flüchtlingskrise‘, für eine bisweilen rechtsradikale Programmatik in Tschechien eine nicht zu vernachlässigende Wählerschaft gab.²²

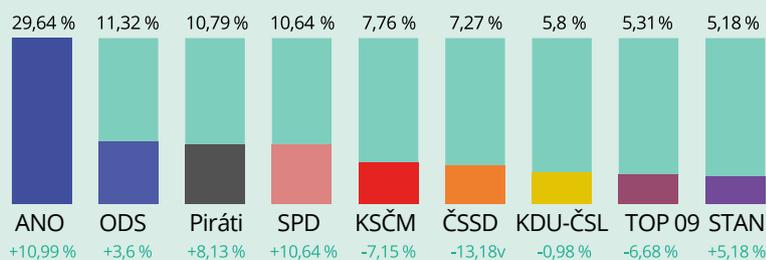
Migrationskritische Positionen fanden sich schließlich in der Programmatik und Mobilisierung fast aller politischen Gruppierungen, die im Oktober 2017 in das Abgeordnetenhaus einzogen – unabhängig davon, ob sie ansonsten dem rechten oder linken politischen Spektrum zugerechnet werden.²³

Einen zweiten Kristallisationspunkt der (partei-)politischen Mobilisierung mit Migration stellt die Wahl zum Europäischen Parlament von 2019 dar, in der das Thema Migration eine ambivalente Rolle spielte: Die meisten politischen Gruppierungen räumten Migration in ihren Programmen zwar relativ viel Raum ein, machten sie aber kaum zum Gegenstand ihres Wahlkampfes. Auf den ersten Blick kann dies überraschen, weil vor allem Zuwanderung nicht nur von der tschechischen, sondern von allen ostmitteleuropäischen Gesellschaften seit Jahren als genuin europäisches Thema gehandelt wird: Bei der letzten Eurobarometer-Erhebung im Vorfeld der Wahl gaben 58 Prozent der Tschechinnen und Tschechen an, Immigration gehöre zu den wichtigsten beiden Herausforderungen für die EU (EC 2019e). Dazu nannte die Mehrheit der Befragten, die in einer nationalen Umfrage nach dem für sie wichtigsten Thema im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament gefragt wurden, „Flüchtlinge, Migration“ (CVM 2019g).

MIGRATION RELEVANT BEI ABGEORDNETENHAUSWAHL 2017

AMBIVALENTE ROLLE VON MIGRATION BEI EUROPAWAHL 2019

Abb. 15: Ergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017



Quelle: Aktualne.cz 2017 / Eigene Darstellung

21 Für eine systematische Analyse der Wahl siehe Chmelar (2019a).

22 Mit Mudde (2017) klassifiziert einer der bekanntesten Populismus-Forscher die SPD als „populist radical right“.

23 Vergleichsweise liberal zeigte sich lediglich die Piratenpartei (Piráti 2015).

**MIT MIGRATION
MOBILISIERTE VOR ALLEM
DIE RECHTSRADIKALE SPD**

Dass fast ausschließlich die rechtsradikale SPD mit dem Thema Migration mobilisierte, hat zwei wesentliche Gründe: Zum einen spiegelte die Programmatik ausnahmslos aller politischen Gruppierungen, die eine realistische Chance auf einen Sitz im Europäischen Parlament hatten und sich zu Migration äußerten, die in der Öffentlichkeit dominante Migrations skepsis. Selbst die Piraten, die bei der letzten Abgeordnetenhauswahl noch als einzige eine gemäßigte Position vertraten, adressierten Migration nur mehr unter dem Sicherheitsaspekt.²⁴ Zum anderen war das Mobilisierungspotenzial von Migration begrenzt, weil das Thema in Tschechien nicht mehr ‚heiß‘ ist. Auf nationaler Ebene war die Salienz von Immigration im Vorfeld der Europawahl mit weniger als zehn Prozent deutlich niedriger als in den Vorjahren (vgl. Abbildung 7). Wollte eine politische Gruppierung aus der tschechischen EU-Skepsis wieder einmal Kapital schlagen und demonstrieren, dass genau sie dem Land in Europa eine bessere Stellung verschaffen und nationale Interessen souveräner als andere verteidigen wird, instrumentalisierte sie deshalb brennendere Themen. Häufig war dies der sogenannte Lebensmittelkandal, im Zuge dessen internationalen Herstellern vorgeworfen wurde, dass deren Produkte trotz gleicher Verpackung in Osteuropa von geringerer Qualität seien als in Westeuropa.

Besonders erfolgreich verfiel die Verbindung von EU-Schelte und Migrationskritik am Ende im (radikal-)rechten Wählersegment.

„Der Vertrag von Lissabon begründet faktisch die schleichende Diktatur der Europäischen Union und hat auch die Bedingungen geschaffen für die Einführung von Flüchtlingsquoten. Zusammen mit unseren heimatverbundenen Verbündeten tun wir alles für dessen Abschaffung und für die Entstehung einer neuen Zusammenarbeit souveräner nationaler europäischer Staaten auf der Basis eines freien Marktes und der freien Bewegung der Bürger europäischer Staaten.“ (SPD 2019)

Wie bei der letzten nationalen Wahl stimmte auch bei der Europawahl von 2019 etwa jeder Zehnte für die SPD.

INFOBOX – SPD

Die Bewegung „Freiheit und direkte Demokratie“ wurde im Mai 2015 von Tomio Okamura und Radim Fiala gegründet. Bei der Namensgebung lehnten sie sich an die „Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ an, die im Europäischen Parlament rechte und/oder EU-skeptische Gruppierungen bündelte. Sie selbst beschreibt die SPD (2017) als „vaterlandsliebende und demokratische Bewegung“. In ihrem Programm für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017 bezog sie den migrations- und EU-feindlichsten Standpunkt von allen am Ende erfolgreichen Gruppierungen:

„Die gegenwärtige Gestalt der europäischen Integration ist ein fehlerhaftes Projekt zur Herstellung eines europäischen Superstaates. Das Projekt ist verbunden mit der faktischen Schwächung und Liquidierung europäischer Nationalstaaten und Nationen. Das bestehende Projekt der europäischen Integration gefährdet auch direkt die Freiheit und Demokratie in Europa. Teil dieses Prozesses ist die gelenkte Islamisierung Europas. Die vonstattengehende illegale Migration ist die Anfangsphase eines Konflikts, der in seiner letzten Konsequenz die Freiheit, Demokratie und die blanke Existenz der Tschechischen Republik und unserer Nation bedrohen wird. [...] Grundsätzlich lehnen wir die multikulturelle Ideologie, die ein Werkzeug der Islamisierung ist, ab.“ (SPD 2017)

²⁴ „Der Schutz Europas vor Gefahren von außen und innen: Wir stärken die Außengrenzen und die gemeinsame Verteidigungspolitik.“ (Piráti 2019)

Als Gegnerin der ‚multikulturellen Ideologie‘ nahm die SPD eine dezidiert antiwestliche Stellung ein und verknüpfte den Islam – und nicht etwa den Islamismus – unmittelbar mit Terrorismus. Beiden Phänomenen erteilte sie auf Wahlkampfplakaten eine klare Absage.

Abb. 16: Plakatwerbung mit dem SPD-Vorsitzenden Tomio Okamura für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017: „NEIN DEM ISLAM. NEIN DEN TERRORISTEN. EIN SICHERES LAND FÜR JEDEN“



Foto: ČTK

Laut einer repräsentativen Umfrage stimmten 43 Prozent der befragten Tschechinnen und Tschechen dem in Abbildung 16 dargestellten Slogan der SPD zu (MEDIAN 2017: 9). Nicht zuletzt dank ihrer scharfen Rhetorik errang die Bewegung 10,64 Prozent der gültigen Stimmen und wurde bei der nationalen Wahl 2017 aus dem Stand heraus viertstärkste Kraft. Auch bei der Europawahl 2019 sollte sich die Mobilisierung mit dem Thema Migration für die SPD auszahlen: Mit 9,14 Prozent landete die Bewegung an fünfter Stelle und erhielt zwei Mandate für das Europäische Parlament.

Neben den nationalen und europäischen Parlamentswahlen hilft für das Verständnis der politischen Mobilisierung mit Migration in Tschechien ein näherer Blick auf die beiden führenden Repräsentanten des Landes: Präsident Miloš Zeman und Premier Andrej Babiš bemühen beide seit etlichen Jahren migrationskritische Argumente. In ihrer Ausgestaltung sind diese Argumente aber bisweilen verschieden.

Eine besonders laute und polemische Migrationskritik, die vor allem auf kulturelle Differenzen abhebt, kultiviert der tschechische Präsident:

„[W]ir sind nicht xenophob. Fünf Prozent der tschechischen Bevölkerung sind Ausländer, die in die Gesellschaft integriert sind. Aber wir vergessen bei dem Wort ‚Migration‘ ein Adjektiv: Und das ist die islamische Migration. Die politische Korrektheit, Freunde, ist das Synonym für eine Lüge, wenn ihr so möchtet, für eine unausgesprochene Wahrheit. Die islamische Migration ist nicht integrierbar und ist nicht assimilierbar in die europäische Kultur.“ (Zeman 2016a)

Belege für seine These erkennt Zeman etwa in der Ungleichstellung von Mann und Frau im Islam oder der fehlenden Arbeitsmoral (Zeman 2016b). Aber auch die kaum integrierten muslimischen Minderheiten in Westeuropa zeig-

KULTURALISTISCHE MIGRATIONSKRITIK BEI PRÄSIDENT ZEMAN

ten, dass der Multikulturalismus tot ist (Zeman 2016a). Regelmäßig verknüpft der Präsident sein kulturalistisches Argument mit einer harschen Elitenkritik, wobei sich diese insbesondere gegen die EU und Angela Merkel richtet.

„Wenn es die Europäische Union nicht schafft, den Schutz ihrer Außengrenzen zu sichern, was die erste und grundlegende Pflicht jedes Staatenbundes ist, hat sie kein Recht, sich unsinnige Relokations- und Quotierungsmechanismen auszu-denken, mit denen sie nicht nur die Souveränität der Mitgliedstaaten stört, sondern auch das Problem nicht löst, es lediglich verschiebt und so eine neue Kategorie von Nomaden erzeugt, das heißt von Migranten, die quer durch die europäischen Staaten ziehen und mit eiserner Gewissheit in Deutschland landen, weil es dort die höchsten Sozialleistungen gibt. Angela Merkel hat einst die Syrer nach Deutschland eingeladen. Seit dieser Zeit sind alle Migranten Syrer. Sie haben falsche Pässe, manchmal nicht einmal das [...], und jetzt hat Deutschland Probleme, die es selbst durch eine unüberlegte Migrationspolitik erzeugt hat.“ (Zeman 2016b)

Eine liberale Migrationspolitik hält Zeman für nationalen „Selbstmord“ (Zeman 2016b).²⁵

Im Kontext der tschechischen Präsidentschaftswahl Ende Januar 2018, bei der es für Zeman um die Wiederwahl ging, setzte der amtierende Präsident das Thema Migration immer wieder gezielt auf die Tagesordnung und ließ dabei keinen Zweifel an seiner migrationsfeindlichen und EU-skeptischen Haltung (Zeman 2018a). Zu Zemans Strategie gehörte es dabei auch, seinen größten und in puncto Migration liberaler eingestellten Konkurrenten, den ehemaligen Vorsitzenden der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik Jiří Drahoš, zu einem naiven Migrationsbefürworter zu stilisieren. Drahoš hatte zunächst zusammen mit ein paar Hundert tschechischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im August 2015 einen Aufruf unterzeichnet. Unter dem Titel „Wissenschaftler gegen Angst und Gleichgültigkeit“ bezogen die Signatäre darin offen Stellung gegen Intoleranz, Extremismus, Fake News, Inhumanität, Diskriminierung und Gewalt (Vyzvedcu.cz 2020). Dazu sagte Drahoš im Juni 2017, es sollte für Tschechien kein Problem sein, im Rahmen der Quotenregelung 2.600 Flüchtlinge aufzunehmen (iDnes 2017). Im Wahlkampf wendete Zeman beide Positionierungen immer wieder gegen seinen Herausforderer (Zeman 2018b, 2018c) und sammelte bei der Wählerschaft wertvolle Punkte. Im zweiten Wahlgang der Direktwahl setzte er sich mit 51,36 Prozent der Stimmen gegen Drahoš durch. Am 8. März 2018 wurde er erneut als Präsident vereidigt.

UTILITARISTISCHE MIGRATIONSKRITIK BEI BABIŠ

Für eine etwas anders gelagerte, weniger kulturzentrierte Form der migrationskritischen Mobilisierung stand in Tschechien lange Jahre Andrej Babiš. Der vermögende Unternehmer und Chef der Protestbewegung „Aktion unzufriedener Bürger“ (*Akce nespokojených občanů*, ANO) gab sich dabei am liebsten pragmatisch und simplifizierend.²⁶ Es gibt Probleme in EU-Drittstaaten, die Menschen zur Emigration veranlassen? Schicken wir Geld und helfen vor Ort (Babiš 2018a). Migranten aus Nordafrika und dem Nahen Osten gelangen unkontrolliert nach Europa? Die EU muss ihre

25 „Eine Möglichkeit zur Lösung der Migrationskrise ist die Deportation von Wirtschaftsmigranten und derer, die religiöse Gewalt predigen, religiösen Hass, kurz gesagt, die terroristische Aktionen vorbereiten. Der schwedische Premier hat nach dem Mord einer zwanzigjährigen Erzieherin durch einen islamischen Migranten verkündet, dass 80.000 Flüchtlinge deportiert werden und Sie wissen gut, dass Schweden einst eine derart liberale Migrationspolitik hatte, dass sie fast einem Selbstmord gleich. Zum Glück hat es aber im letzten Moment diesen Selbstmord vermieden.“ (Zeman 2016b)

26 Prominent inszenierte sich Babiš auch im letztjährigen Wahlkampf als ein pragmatischer, ‚unpolitischer‘ Kandidat, der eine unternehmerische Art der Regierung einer ‚politischen‘ Art vorzieht. Seine Privilegierung einer stärkeren Exekutive respektive einer schwächeren Legislative interpretiert mancher Beobachter als autoritär (Falter/Stern 2017: 12).

Grenzen schließen und Schleppern den Garaus machen (Babiš 2018b). Die tschechische Wirtschaft braucht aber Arbeitsmigration? Die Firmen sollen selbst entscheiden, wen sie wo rekrutieren (Babiš 2017, 2018c).

Als Premier des Landes erweiterte Babiš mit der Zeit seine Rhetorik allerdings und argumentiert seither wie Zeman immer häufiger kulturalistisch, indem er auf (vermeintliche) kulturelle Unterschiede verweist:

„Ich möchte schlichtweg nicht, dass sich die Tschechische Republik so wandelt, wie sich andere Länder wandeln, die an das multikulturelle Modell gewöhnt sind. [...] Europa ist hauptsächlich historisch und kulturell verbunden. Und alles, was unsere Vorfahren hier aufgebaut haben, die Werte, unsere Geschichte, müssen wir verteidigen.“ (Babiš 2018d)

Zu einer Form der Selbstverteidigung stilisierte Babiš im Dezember 2018 schließlich auch das Nein Tschechiens zum Globalen Migrationspakt:

„Vor 20 Minuten hat die Tschechische Republik bei der UN-Versammlung in New York GEGEN den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration, die sogenannte Marrakesch-Deklaration, gestimmt. So, wie wir es  versprochen haben, halten wir unsere Strategie gegen illegale Migration. Und wir nehmen keinen einzigen Migranten auf.“ (Babiš 2018e, Herv. i. O.)²⁷

Die immer schrilleren Töne des Premierministers kulminierten 2018 in der Selbstbeschreibung, er sei der „Leader der Anti-Migrationsagenda in Europa“ (Aktualne.cz 2018). In westeuropäischen Medien wiederum verstärkte Babišs Rhetorik oftmals die Einschätzung, er und seine ANO seien das tschechische Pendant zur polnischen PiS unter Jarosław Kaczyński oder zur ungarischen Fidesz unter Viktor Orbán. Tatsächlich gibt es einen wesentlichen Schnittpunkt zwischen den genannten ostmitteleuropäischen Politikern: In ihren Artikulationen spiegelt sich immer wieder ein Bedrohungsgefühl.

„Die Flüchtlingskrise hat deutlich gemacht, dass Osteuropa gerade jene kosmopolitischen Werte als Bedrohung empfindet, auf denen die Europäische Union basiert, während für viele in Westeuropa ebendiese kosmopolitischen Werte den Kern der neuen europäischen Identität ausmachen.“ (Krastev 2017: 58)

Trotz wesentlicher Parallelen zwischen Babiš, Kaczyński und Orbán tut eine Differenzierung durchaus Not, denn: Programmatisch deckt sich die ANO nicht wirklich mit dem „counter-cultural, anti-Western conservative nationalism on show in Hungary or Poland“ (Hanley 2017). Babiš verfolgt „kein gesellschaftspolitisches Umgestaltungsprogramm“ (Weichsel 2017: 32) wie seine ostmitteleuropäischen Kollegen. Er ist kein harter Nationalist, er ist vor allem Pragmatiker und Utilitarist (Economist 2017).²⁸ „ANO's key catch concept of ‚pragmatism‘ seems to boil down to a striking and explicit absence of any ideology.“ (Rovny 2017) Die Polemiken von Babiš über den ‚westlichen Multikulturalismus‘ oder das ‚europäische Establishment‘ zeugen deshalb we-

GEMEINSAMKEITEN ZWISCHEN BABIŠ, ORBÁN UND KACZYŃSKI

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN BABIŠ, ORBÁN UND KACZYŃSKI

27 Die Aussage ‚Wir nehmen keinen einzigen Migranten auf‘ wiederholt Babiš seit August 2018. Damals war sie eine Reaktion auf die Aufforderung Tschechiens seitens des italienischen Premiers Giuseppe Conte, aus symbolischen Gründen wenigstens einen Migranten aufzunehmen und sich damit solidarisch zu zeigen (ČT24.cz 2018).

28 Babišs neoliberal unterlegter Pragmatismus offenbart sich nicht zuletzt in seinem Spagat zwischen Unternehmertum einerseits und Politiker-Dasein andererseits, denn: Während sich der ANO-Vorsitzende seit Jahren migrationsfeindlich positioniert, beschäftigt seine Firmenholding Agrofert „zahlreiche Gastarbeiter aus Nicht-EU-Ländern, darunter aus Vietnam, der Ukraine und der Mongolei. [...] Bezahlt werden sie miserabel, die meisten sind unter höchst zweifelhaften Umständen nach Tschechien gekommen.“ (DW 2019a)

niger von einem kulturellen Rassismus oder einer tiefgreifenden EU-Skepsis. Sie resultieren vielmehr aus der pragmatischen Einsicht, dass man mit ihnen Stimmen gewinnen kann. Einige Jahre gelang es Babiš, sich im Inland durch das gekonnte Spiel der Migrationskarte im *Two-Level Game* Tschechiens mit der Europäischen Union als Verteidiger nationaler Interessen zu profilieren und seine Stellung zu festigen. Seine Handkarten ergänzte der Premier, sobald das Mobilisierungspotenzial von Migration abnahm. Bei der Europawahl 2019 war Migration im Programm seiner ANO, die mit 21 Prozent die stärkste Kraft werden sollte, nur noch eines von mehreren Themen, über die sich die Bewegung als ‚Schutzschild‘ in Szene setzte.

5.2 WIE GESTALTET SICH MIGRATION ALS POLITIKFELD?

VIER PHASEN DER MIGRATIONSPOLITIK

Heute ist Tschechien in Ostmitteleuropa das einzige Land mit einem kohärenten migrationspolitischen Regelwerk, zu dem gesetzliche Regelungen genauso zählen wie standardisierte Verfahrensweisen (Drbohlav 2012: 203). Bis zu diesem Punkt war es jedoch ein langer Weg. Die tschechische Migrationspolitik der Nachwendezeit lässt sich in vier Phasen gliedern: 1) die Phase der Institutionalisierung von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre, 2) die Phase der Stabilisierung und Harmonisierung mit EU-Standards vom Ende der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre, 3) eine protektive Phase im Zusammenhang mit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise zwischen 2008 und 2013 und 4) eine ambivalente Phase im Anschluss daran.

War die Migrationspolitik Anfang der 1990er Jahre aufgrund mangelnder Erfahrungen und einer geringen Regulierungsdichte außerordentlich liberal, wurde sie in der zweiten Phase systematisch weiterentwickelt und verschärft. Im Hintergrund der Verschärfung standen nicht zuletzt die 1998 aufgenommenen EU-Beitrittsverhandlungen. Die Europäische Kommission beanstandete mehrmals, dass es in Tschechien keine Gesetze gibt, die die Grenzkontrollen oder die Einwanderung regeln. Weil das Land unter anderem den Anforderungen für die Aufnahme in den Schengen-Raum genügen musste, gestaltete es seine Migrationspolitik fortan restriktiver (Beger 2020: 238). Wenige Jahre nach dem EU-Beitritt initiierte die tschechische Regierung, bedingt durch die Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09, verschiedene provisorische Maßnahmen, um den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen. Die Zahl von Zuwanderungen aus Drittstaaten ging stark zurück. Seit 2013 fragt die tschechische Wirtschaft wieder ausländische Arbeitskräfte nach. Allein 2016 und 2017 wurden rund 90.000 neue Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Ausland registriert. Die „demand-driven selective immigration policy“ (Heinelt 2014: 137), die Immigration vorwiegend als zeitlich begrenzten Arbeitsaufenthalt begreift (Drbohlav et al. 2012: 13), wird damit fortgesetzt, ist aber protektiver als zuvor: Potenziell Zuwandernde werden in den jüngsten Jahren stärker selektiert und kontrolliert (Drbohlav/Janurová 2019). Dazu wurden im Nachgang zur ‚Flüchtlingskrise‘ diverse Maßnahmen umgesetzt, die besonders die Einwanderungspolitik verschärften.

VERSCHÄRFUNG DER EINWANDERUNGSPOLITIK

Zunächst novellierte der tschechische Gesetzgeber 2015 das Asylgesetz, 2017 dann das Gesetz über den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern auf dem tschechischen Staatsgebiet. Obwohl die Novellen primär nicht wegen der ‚Flüchtlingskrise‘, sondern im Zuge der Harmonisierung nationalen Rechts mit den EU-Vorgaben zustande kamen, beeinträchtigen beide die Zuwanderung in mehrfacher Hinsicht. Das novellierte Asylgesetz (č. 314/2015 Sb.) beispielsweise verlängert die Entscheidungsfrist über die Gewährung internationalen Schutzes von 90 Tagen auf sechs Monate, in besonders schwierigen Fällen auf 18, was für Antragstellende letztlich mehr Unsicherheit bedeutet (Tatcheva/Holá 2016). Die Novelle des Aufenthaltsgesetzes (č. 222/2017 Sb.) erschwert dagegen vor allem die Lebensbedingungen der bereits in Tschechien ansässigen und arbeitenden ausländischen Staatsangehörigen und ihrer Familien. Ausländische Staatsangehörige können nun beispielsweise erst nach einem fünfjährigen Aufenthalt einen Antrag stellen, als Selbstständige tätig zu werden, was nicht

nur von der tschechischen Handelskammer heftig kritisiert wurde (Hospodářská komora 2017; vgl. ähnlich auch Konsorcium nevládních organizací pracujících s migranty 2017).

2015 formulierte die Regierung erstmals eine „Migrationsstrategie der Tschechischen Republik“. Dass diese Maßnahme unter dem Eindruck der ‚Flüchtlingskrise‘ steht, reflektiert bereits der erste Satz:

„Die vorgelegten Grundsätze der Migrationspolitik spiegeln die Prioritäten der Tschechischen Republik im Bereich Migration und Internationaler Schutz (Asyl) und reagieren auf die gegenwärtige Diskussion über dieses Thema sowie die Notwendigkeit, die Positionen der Tschechischen Republik diesbezüglich klar zum Ausdruck zu bringen.“ (MVČR 2015: 2)

Insgesamt ist das Papier ein Paradebeispiel für die Problematisierung von Migration vor allem in Sicherheitsbelangen. Konkret verknüpft wird Migration darin in erster Linie mit „negativen sozialen Erscheinungen“, mit Illegalität, mit „organisierter Kriminalität“; in zweiter Linie akzentuiert das Strategiepapier die Bewegungsfreiheit im Rahmen des Schengen-Raums und die Notwendigkeit von Immigration für den heimischen Arbeitsmarkt (MVČR 2015: 2). Das nationale Interesse sei dabei ein zweifaches: Zum einen gelte es, die Sicherheit der eigenen Bürger zu garantieren,²⁹ zum anderen habe „die Aufrechterhaltung eines sicheren, funktionierenden und stabilen Schengen-Raums [... zum] Erhalt der Konkurrenzfähigkeit in der globalen ökonomischen Sphäre“ (MVČR 2015: 4) Priorität. Weil Migration zu denjenigen Politikfeldern gehöre, die europäisch am stärksten reguliert seien, könne man die Stabilität der gemeinsamen Ordnung lediglich dadurch bewahren, dass sich alle europäischen Partner an die gemeinsamen Regeln hielten. Deren gewissenhafte Erfüllung sei Tschechien auf europäischer Ebene bereit durchzusetzen (MVČR 2015: 5).

In den vergangenen Jahren wurde Migration allerdings nicht nur auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene zu regulieren gesucht. In Reaktion auf die Migrations- und Fluchtbewegungen gaben die Vereinten Nationen im Dezember 2018 zwei Abkommen zur Abstimmung, die Tschechien ebenfalls eine Positionierung abverlangten: einerseits den bereits thematisierten Globalen Migrationspakt und andererseits den Globalen Flüchtlingspakt (*Global Compact on Refugees*). Obwohl beide Abkommen rechtlich nicht bindend sind, wuchsen sie sich innerhalb der bestehenden Regierungskoalition aus ANO und ihrem Juniorpartner ČSSD zwischenzeitlich zu einem Zankapfel aus.

Neben der ANO sprachen sich auch die Oppositionsparteien ODS, SPD und KSČM offen gegen beide Pakte aus. Demgegenüber schlugen die Sozialdemokraten einen überraschend wohlwollenden Ton an. In einer Stellungnahme des ČSSD-geführten Außenministeriums vom 19. September 2018 heißt es:

„Der Flüchtlings- und der Migrationspakt zwingen Tschechien zu nichts, sie helfen im Gegenteil Migration zu lösen [...]. Wer das Gegenteil behauptet, hat die Dokumente entweder nicht gelesen oder verfälscht bewusst die Bedeutung dieser Dokumente zum Zweck des politischen Streits im Parlament oder um eine Kampagne vor den Kommunalwahlen zu führen“ (MZV 2018a).

Ihren Kurs hielt die Sozialdemokratie allerdings nicht lange. Bereits am 7. November 2018 verkündete Außenminister Tomáš Petříček (ČSSD), dass der Migrationspakt zum Teil zwar ungerechtfertigte Emotionen auslöse, aber:

MIGRATIONSSTRATEGIE DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK

DIE POSITION AUF GLOBALER EBENE

²⁹ Vor dem Hintergrund des artikulierten Sicherheitsinteresses erklären sich auch Teile der Novelle des Strafgesetzbuches (č. 455/2016 Sb.). Unter anderem werden durch sie mit Terrorismus zusammenhängende Rechtsbegriffe wie „terroristische Gruppe“ oder „terroristische Straftat“ in das tschechische Strafrecht eingeführt – obwohl das Land bislang keine nennenswerten Terrorangriffe verzeichnet.

„Ungeachtet dessen ist es Fakt, dass nicht alle unsere Vorbehalte akzeptiert wurden. Uns gefällt zum Beispiel nicht das uneindeutige Unterscheiden zwischen illegalen und legalen Migranten im sozialen Bereich [...]. Die ČSSD versteht die Stimmungen der tschechischen Öffentlichkeit und die Regierung sollte sie hören. Aus dem Verhandlungsprozess über den Pakt sollten wir also austreten, so wie dies die Vereinigten Staaten, Ungarn und Österreich getan haben“ (Novinky 2018).

NEIN ZUM GLOBALEN MIGRATIONSPAKT, JA ZUM GLOBALEN FLÜCHTLINGSPAKT

Schlussendlich lehnte die Regierungskoalition den Globalen Migrationspakt ab; in der UN-Vollversammlung stimmte Tschechien dagegen. Die Lautstärke, mit der das Nein der Regierung der Bevölkerung besonders von Babiš verkauft wurde, war dabei das Ergebnis eines Deals zwischen ihm und seinen sozialdemokratischen Koalitionspartnern: Im Austausch dafür, dass sich Tschechien besonders vehement gegen den Migrationspakt ausspricht, zeigte sich Babiš bereit, seine ablehnende Haltung gegenüber dem Flüchtlingspakt hinter sich zu lassen und beugte sich dem Wunsch der ČSSD, letzteren anzunehmen. Begründet wurde das tschechische Ja vom Außenministerium offiziell wie folgt:

„Unser Land hat in der Geschichte allzu oft Situationen erlebt, die aus unseren Bürgern und Einwohnern unfreiwillig Flüchtlinge gemacht haben. Allein aus der totalitären Tschechoslowakei sind nach dem Februar 1948 mehr als 200.000 Personen fortgezogen, die absolute Mehrheit von ihnen hat einen Flüchtlingsstatus und internationalen Schutz erhalten. Im Bewusstsein der eigenen historischen Erfahrung unterstützt die Tschechische Republik deshalb den internationalen Schutz verfolgter Personen und unterstützt zugleich die Annahme des Globalen UN-Pakts für Flüchtlinge, der jene zu schützen hilft.“ (MZV 2018b)

Dass die Zustimmung Tschechiens zum Flüchtlingspakt für keine öffentliche Kontroverse sorgte, ist dabei kaum als Ergebnis dieser historischen Rahmung zu werten. Vielmehr zeigte sich die Gesellschaft gelassen, weil das Abkommen – im Gegensatz zum Globalen Migrationspakt – auf bereits bestehendem internationalen Recht aufbaut und Maßnahmen vorsieht, die im Sinne eines Lastenausgleichs insbesondere auf diejenigen Länder zielen, die viele Flüchtlinge aufnehmen und finanzieller Unterstützung bedürfen. Darüber hinaus versicherte der Premier der Bevölkerung, die Zustimmung Tschechiens werde nichts am Status quo ändern. Der Flüchtlingspakt sei „ein unverbindliches Dokument, das keinen Einfluss auf die Migrationspolitik“ (lidovky.cz 2018) habe.

DIE POSITION AUF EU-EBENE

An der migrationskritischen Haltung der tschechischen Regierung hat sich bis heute nichts geändert. Auf EU-Ebene nahmen die Innenminister der Mitgliedstaaten den jüngsten Anlauf zur Lösung des Asyl- und Migrationskonflikts im Dezember 2019. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die EU-Kommission sieben Gesetzesvorschläge vorgelegt, die allesamt am Widerstand von Ländern wie Tschechien, Ungarn oder Österreich gescheitert waren. Bei der Dezembersitzung positionierte sich Jakub Kulhánek als Stellvertreter des tschechischen Innenministers deutlich: „Quoten für die Verteilung von Migranten spalten Europa und bremsen die Suche nach einer europäischen Lösung für Migration. Gleichzeitig müssen einzelne EU-Staaten das Recht haben festzulegen, wer ihr Gebiet betreten darf.“ (MVČR 2019d) Die Tschechische Republik sei dabei bereit, den Staaten zu helfen, die am stärksten mit Migration konfrontiert sind. „Wir müssen aber das Recht und die Freiheit haben uns zu entscheiden, in welcher Form wir solch eine Hilfe leisten.“ (MVČR 2019d) Wie zu erwarten war, prallte die tschechische Position damit abermals auf den Standpunkt anderer EU-Mitgliedstaaten wie Griechenland oder Italien, die um eine rasche und möglichst umfangreiche Hilfe mit der Zuwanderung von außerhalb Europas ringen.

6. WAS ERKLÄRT DIE TSCHECHISCHE MIGRATIONSSKEPSIS?

Um migrationsskeptische Einstellungen, wie sie sich im tschechischen Fall in Gesellschaft, Medien und Politik ausdrücken, zu erklären, werden in der Fachliteratur regelmäßig zwei Ansätze bemüht:

Ökonomische Daten lassen für die tschechische Anti-Migrationshaltung zwei verschiedene Erklärungen zu – je nachdem, welche Daten herangezogen werden und wozu man diese Daten in Relation setzt. Auf der Makroebene präsentiert sich die tschechische Wirtschaft als postkommunistische Musterschülerin. Das Wachstum betrug 2018 knapp drei Prozent (Statista 2019c), das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf war mit 19.400 Euro (Statista 2019d) nach Slowenien das zweithöchste in Osteuropa. Der Staatsüberschuss Tschechiens lag 2018 bei 1,5 Prozent des BIP (Statista 2019e), der Schuldenstand war mit knapp 33 Prozent des BIP der viertniedrigste unter allen EU-Staaten (Statista 2019f). Arbeitslos waren lediglich 2,2 Prozent der Gesamtbevölkerung (ČSÚ 2019d), so wenige Personen wie nirgendwo sonst in der EU. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer, die in jüngster Zeit Sozialleistungen erhielten, war minimal: Laut dem tschechischen Innenministerium bezogen Angehörige von Drittstaaten im Juni 2017 lediglich 1,3 Prozent des Gesamtvolumens an staatlichen Sozialleistungen, die ausbezahlt wurden (MVČR 2017). Im Vergleich mit den anderen Visegrád-Staaten offenbart sich eine insgesamt hervorragende ökonomische Situation des Landes.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die negativen Einstellungen gegenüber Immigrantinnen und Immigranten als eine Form der Verteidigung des eigenen respektive nationalen Wohlstands gegenüber Fremden interpretieren (Bauer 2010). Im Fall einer entsprechenden Teilhabe würden sie ‚unverdient‘ begünstigt.

Betrachtet man nun andere Wirtschaftsdaten und wechselt den Vergleichsmaßstab, verbindet sich die tschechische Migrationsskepsis nicht mit Wohlstand, sondern mit Armut bzw. Rückständigkeit: Vielerorts erreichen die Preise für Dienstleistungen, Immobilien und Waren fast westeuropäische Standards. Jedoch beträgt beispielsweise der tschechische Mindestlohn „selbst kaufkraftbereinigt nur die Hälfte des deutschen, das Argument der ‚niedrigeren Löhne, aber dafür auch Preise‘ gilt also nicht“ (Kováts/Smejkalová 2019).

WIRTSCHAFT ALS ERKLÄRUNGSFAKTOR

VERTEIDIGUNG NATIONALEN WOHLSTANDS GEGENÜBER ‚FREMDEN‘

Abb. 17: Die Haushaltseinkünfte reichen für... (in %) ³⁰

	ja	nein
Grundbedürfnisse	94	5
Gesundheitsbedarf, Medikamente, Hilfsmittel	81	14
Hobbys	68	29
hochwertigere Lebensmittel	52	44
Sparen	45	51
Unterstützung von Kindern und Familie	37	41
Auslandsurlaub	35	60
Luxusgüter	18	75

Quelle: CVVM 2019h / Eigene Darstellung

30 Der restliche Prozentanteil der Befragten antwortete mit „weiß nicht“ oder „betrifft mich nicht“.

Im Oktober 2019 gaben 44 Prozent der hinsichtlich ihres privaten Haushalts Befragten an, sie kämen mit ihrem Einkommen schwer über die Runden. Obwohl sich die wahrgenommene wirtschaftliche Situation seit 2012 insgesamt kontinuierlich verbessert hat, beschreibt in Tschechien noch immer fast jeder Vierte seinen Haushalt als arm (CVMM 2019h). Hinzu kommt, dass sich Tschechinnen und Tschechen weit weniger mit ihren postkommunistischen Nachbarn vergleichen als mit Österreich oder dem vereinigten Deutschland (vgl. exemplarisch Busta 2019).³¹ Seit 1989 ist eines der größten Ziele, die beiden Volkswirtschaften einzuholen. Bis heute sind diese jedoch erkennbar stärker. Das „fundamentale wirtschaftliche Ungleichgewicht“ zwischen dem westeuropäischen „Kernland und seiner Peripherie“ sorgt regelmäßig für Unmut (Segert 2019).

ANGST VOR WEITERER RÜCKSTÄNDIGKEIT ZUM WESTEN

Vor diesem Hintergrund wiederum wird die starke Anti-Migrationshaltung der Tschechen dadurch plausibel, dass letztere bis heute wirtschaftliche Schwierigkeiten haben, die in den deutschsprachigen Nachbarländern so nicht existieren. Den ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Standard, den man sich seit der Wende erarbeitet hat und der von vielen als noch nicht gesichert empfunden wird (Ther 2019: 95), möchte man einwanderungsbedingt genauso wenig riskieren wie den Erfolg der ‚ökonomischen Aufholjagd‘.

KULTUR ALS ERKLÄRUNGSFAKTOR

Ein anderer Erklärungsansatz für die ausgeprägte Migrations skepsis in Tschechien setzt bei Kultur im weiteren Sinne an. Er erscheint deshalb besonders aussagekräftig, weil er historische Erfahrungen stärker einpreist als ökonomische Erklärungen. Das Argument lautet: Die Mehrheitsgesellschaft habe eine vom Westen grundsätzlich verschiedene Vorstellung davon, wie eine Gesellschaft organisiert sein sollte und was wertvoll ist und was nicht. Während im liberalen Westen kulturelle Vielfalt und Kosmopolitismus als Losungsworte gelten und damit verbunden potentiell alles, das heißt ‚Eigenes‘ und ‚Fremdes‘, wertvoll werden kann, unterscheiden ost(mittel) europäische Gesellschaften weit strikter zwischen *ingroup* und *outgroup* und belegen vor allem das ‚Eigene‘ und die (vermeintliche) Tradition mit besonderer Wertschätzung (Reckwitz 2016).

Begünstigt durch die geringe ethnische Heterogenität ist der Fluchtpunkt in Tschechien keine offene, sondern eine geschlossene Gesellschaft (Chmelar 2019b: 282). Einer Kultur der Vielfalt zieht das Gros der Bevölkerung eine eher homogene, ‚tschechische‘ Kultur vor.³² Alles andere wird dieser Perspektive untergeordnet. Dass beispielsweise der volkswirtschaftliche Profit, den das Land seit Jahren aus der Zuwanderung zieht, für viele aus dem Blick gerät, folgt daraus, dass das ‚Fremde‘ kulturell nicht wertvoll genug erscheint. Die Dominanz einer geschlossenen Gesellschaftsvorstellung in öffentlicher Meinung, Medien und Politik lässt sich dabei in dreierlei Hinsicht historisch nachvollziehen: über die Geringschätzung von multikulturellen Gesellschaften, über die Sensibilität bezüglich der nationalen Souveränität und über hohe Steuererwartungen an den Staat.

31 Zu den gerne tradierten nationalen Narrativen zählt beispielsweise, dass Böhmen 1910 ein höheres BIP pro Kopf hatte als der Landesteil der Habsburgermonarchie, der dem heutigen Österreich entspricht; oder dass auch die Tschechoslowakei vor dem kommunistischen Machtwechsel 1948 ein höheres BIP hatte als ihr südlicher Nachbar (Kohout 2014).

32 Tatsächlich liefert die Meinungsforschung weitere Indizien dafür, dass in Tschechien das Ideal einer geschlossenen Gesellschaft dominiert: Eine repräsentative Umfrage im März 2018 ergab beispielsweise, dass nahezu jeder Dritte etwas dagegen hat, eine Person einer anderen Hautfarbe als Nachbarn zu haben (31 Prozent) bzw. einen in Tschechien lebenden Ausländer (29 Prozent). Vergleichsweise intolerant zeigen sich die Tschechinnen und Tschechen aber auch an anderer Stelle, wo von der geltenden Norm abgewichen wird. Fast jeder Fünfte möchte zugleich nicht neben jemandem wohnen, der homosexuell ist (CVMM 2018d). Das geschlossene Gesellschaftsideal kristallisiert sich dabei auch in Umfragen vor der ‚Flüchtlingskrise‘: Als 2009 in verschiedenen europäischen Staaten die „acceptability of having a person from a different ethnic origin than the majority of the population in the highest elected political position“ abgefragt wurde, zeigten sich die tschechischen Befragten als die am wenigsten toleranten von allen: 72 Prozent gaben an, sie würden sich (eher) unwohl fühlen (Bustikova 2015: 73).

Ost(mittel)europäer im Allgemeinen und Tschechen im Besonderen sind kulturell „konservativer als die Bürger im Westen Europas [...], weil sie Erfahrungen mit Gewalt und Unordnung gemacht haben. Sie wissen, wie fragil die Lebenszusammenhänge sind [...] und halten] Ordnung und Stabilität für ein wertvolles Gut [...], das sie um keinen Preis auf dem Altar grenzenloser Freiheit opfern wollen.“ (Baberowski 2018) Hervorgegangen aus Herrschaftsräumen, deren multikulturelle Verfasstheit über Jahrhunderte immer wieder Probleme verursachte, ist das im Westen dominante Ideal einer offenen Gesellschaft für die meisten Ost(mittel)europäer ein „Rückfall“ (Krastev 2017: 59) in komplizierte Zeiten. Die tschechische Anti-Migrationshaltung erscheint aus dieser Perspektive wie die richtige Lehre aus der Geschichte.

MULTIKULTURALISMUS GILT ALS RÜCKSCHRITT

Mit den neuzeitlichen wie zeithistorischen Erfahrungen hängt auch der Umstand zusammen, dass Nationalismus ein Phänomen des Mainstreams ist (Minkenberg 2017: 30). Die Nation ist quer durch das politische Spektrum positiv konnotiert. Sie wird verbunden mit Emanzipation von Fremdherrschaft, Demokratisierung und nicht zuletzt auch mit Stabilität.³³ Auf potenzielle Eingriffe in die nationalstaatliche Souveränität – etwa durch die Zuweisung von Flüchtlingen – wird in Tschechien sehr sensibel reagiert. Unlängst gaben 88 Prozent der Tschechinnen und Tschechen sogar an, „dass die Souveränität des Staates *um jeden Preis* zu verteidigen sei“ (CVVM 2018e, Herv. KC). In der Anti-Migrationshaltung kristallisiert sich somit stets auch eine neuerliche Form der Selbstbehauptung gegenüber ‚fremden‘ Einflüssen. Das vehemente Nein zu Flüchtlingen wird gleichzeitig als ein Nein in Richtung einer liberalen EU-Elite gesehen, die Zugriff auf das ‚Eigene‘ sucht. Die große öffentliche Bedeutung von Migration im Nachgang zur ‚Flüchtlingskrise‘ ist im tschechischen Fall also weniger die Folge eines innergesellschaftlichen Konflikts. Vielmehr ist sie das Ergebnis eines Ost-West-Konflikts auf europäischer Ebene.³⁴

SENSIBILITÄT BEZÜGLICH NATIONALER SOUVERÄNITÄT

Ein letzter historischer Aspekt, der die Dominanz eines geschlossenen Gesellschaftsideals und damit auch die tschechische Migrationsskepsis bedingt, ist ein Erbe des Kommunismus: Das Regime nährte bis zum Schluss die Illusion, die Gesellschaft sei von oben vollständig zu steuern. Bei der Mehrheitsbevölkerung weckte dies nachhaltig paternalistische Erwartungen. Die Einsicht, dass die Welt komplex und dynamisch ist und dem staatlichen Einfluss Grenzen gesetzt sind, hat sich bis heute nicht durchgesetzt. Vielmehr erwarten Tschechinnen und Tschechen vom Staat, die ‚geschlossene Gesellschaft‘ garantieren zu können – nicht zuletzt durch die Abwehr von ‚äußeren Gefahren‘ wie der Migration.

PATERNALISTISCHE ERWARTUNGEN AN DEN STAAT

33 Traditionell beschreiben sich Tschechinnen und Tschechen als eine in der Geschichte überwiegend fremdbestimmte Gemeinschaft. Nach Jahrhunderten unter der Habsburgermonarchie folgte mit knapp 20 Jahren eine vergleichsweise kurze Zeit tschechoslowakischer – und demokratischer – Eigenstaatlichkeit, bevor das nationalsozialistische Deutschland die Teilung des Landes und im Anschluss daran die Umwandlung des übrigen Teils zum sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren forcierte. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlangte mit der kommunistischen Sowjetunion der nächste Hegemon die Oberhand. Als frei und selbstbestimmt empfindet sich die tschechische Bevölkerung, nach ihrer Loslösung vom slowakischen Teil am 1. Januar 1993, somit noch nicht sonderlich lange.

34 Kritische Stimmen sehen in diesem Ost-West-Konflikt ein Moment der Abkehr von der „Selbstkolonisierung“ (Kiossev 2011) bzw. das Ende der „Imitation des Westens“ (Krastev/Holmes 2018: 118). Regelmäßig galt den Ostmitteleuropäerinnen und -europäern als Orientierung der Westen. Ihn wollte man einholen, ihm hat man sich freiwillig unterworfen. Die Debatten um die ‚Flüchtlingskrise‘ transformierten die Unterlegenheitsgefühle vielerorts in die Idee, es sei nun genug damit. „The origins of the region's current illiberalism [and xenophobia] are emotional and pre-ideological, rooted in rebellion at the humiliations that must necessarily accompany a project requiring acknowledgment of a foreign culture as superior to one's own.“ (Krastev/Holmes 2018: 119)

MIT KLEINEN SCHRITTEN IN DIE ZUKUNFT

7. AUSBLICK

Eine rasche Veränderung der tschechischen Einstellungen gegenüber Migration ist genauso wenig zu erwarten wie in den anderen Visegrád-Staaten Polen, Ungarn und der Slowakei. Auf europäischer Ebene haben diese Länder ihre Anti-Migrationshaltung unmissverständlich klargemacht. Dadurch musste sich auch die Migrationspolitik der EU ändern. Von einer quotenbasierten Umverteilung von Flüchtlingen ist kaum noch die Rede. Die Prioritäten haben sich verschoben: auf den Schutz der Außengrenzen, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und flexiblere Formen der innereuropäischen Solidarität (DW 2019b). Damit könnte es zu einem EU-Deal in puncto Migrationspolitik kommen, dass Staaten, die keine Flüchtlinge aufzunehmen bereit sind, Geld-, Sach- oder sonstige Dienstleistungen erbringen. Für die EU bedeutet dies die Fortsetzung eines schwierigen Weges der kleinen Schritte zu einem neuen, von allen Mitgliedern getragenen europäischen Migrationsregime. In Tschechien könnte sich die Skepsis gegenüber Migration derweil abschwächen. Das Land zeigt sich zunehmend verflochten mit West und Ost. Jahr für Jahr steigt die Zahl der in Tschechien tätigen Ausländerinnen und Ausländer. Der Alltag der Begegnungen verändert sich. Es gibt also die Perspektive, dass sich Tschechinnen und Tschechen gegenüber ‚Fremden‘ allmählich öffnen.

LITERATUR

- Aktualne.cz* 2018: Téma migrace ovládne příští evropské volby, rozhodne tichá většina, řekl Babiš Reuters; verfügbar unter: <https://zpravy.aktualne.cz/domaci/tema-migrace-rozhodne-pristi-evropske-volby-promluvi-ticha-v/r~944c9abe959b11e890ecac1f6b220ee8/> (letzter Zugriff: 02.05.2019).
- Barberowski, Jörg* 2018: Der Mensch lässt sich nicht beliebig richten; verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/feuilleton/der-mensch-laesst-sich-nicht-beliebig-zurichten-id.1419506> (letzter Zugriff: 30.10.2018).
- Babiš, Andrej* 2017: Czech deputy PM: A ‚different‘ migration is needed; verfügbar unter: <https://www.euractiv.com/section/global-europe/interview/andrej-babis-a-different-migration-is-needed/> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Babiš, Andrej* 2018a: Migrace není český problém, řekl Babiš. Dohodu s Merkelovou by odmítl; verfügbar unter: https://zpravy.idnes.cz/andrej-babis-sebastian-kurz-migracni-krize-summit-fsc-/zahranicni.aspx?c=A180628_111833_zahranicni_aha (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Babiš, Andrej* 2018b: Evropa musí migrantům vyslat jasný signál, že je zavřeno; verfügbar unter: <https://m.novinky.cz/articleDetails?ald=480917&slid=&mlid=> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Babiš, Andrej* 2018c: Babiš nesouhlasí s kompenzačním mechanismem pro migraci v EU; verfügbar unter: <http://www.ceskenoviny.cz/zpravy/babis-nesouhlasi-s-kompenzacnim-mechanismem-pro-migraci-v-eu/1628674> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Babiš, Andrej* 2018d: Babiš: Musíme zastavit migraci a nedovolit, aby pokračovala; verfügbar unter: https://www.tyden.cz/rubriky/zahranici/evropa/babis-musime-zastavit-migraci-a-nedovolit-aby-pokracovala_490382.html (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Babiš, Andrej* 2018e: Tweet vom 19.12.2018; verfügbar unter: <https://twitter.com/andrejbabis/status/1075443896807763969?s=11> (letzter Zugriff: 23.01.2019).
- Babiš, Andrej* 2020: Prohráli jsme soud, ale hlavně že jsme nepřijímali migranty podle kvót, říká Babiš; verfügbar unter: <https://zpravy.aktualne.cz/domaci/hlavne-ze-jsme-nemuseli-prijimat-migranty-rika-babis/r~7927fbfe74c211eaa25cac1f6b220ee8/> (letzter Zugriff: 10.05.2020).
- Bauer, Werner* 2010: Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream?; verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf> (letzter Zugriff: 01.01.2019).
- Beger, Paula* 2020: A Product of Europeanisation or of National Handwriting? The Formation and Development of the Czech Migration Policy; in: Lorenz, Astrid / Formánková, Hana (Hg.): Czech Democracy in Crisis. Cham: Palgrave Macmillan, S. 229-250.
- Bertelsmann Stiftung* 2019: BTI 2018 Country Report: Czech Republic; verfügbar unter: https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2018/pdf/BTI_2018_Czech_Republic.pdf (letzter Zugriff: 14.02.2020).
- Boušková, Petra* 2008: Pracovní migrace cizinců v České republice v 70. až 90. letech; verfügbar unter: www.mvcr.cz/azyl/integrace2/nks01/prispevek4.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2008).
- Busta, David* 2019: Češi rakouskou ekonomiku nedoženou, Německo možná v příštím století. Na Itálii se ale dotáhnou do deseti let; verfügbar unter: <https://byznys.ihned.cz/c1-66559510-cesi-rakouskou-ekonomiku-nedozenou-nemecko-mozna-v-pristim-stoleti-na-italii-se-ale-dotahnou-do-deseti-let> (letzter Zugriff: 05.02.2020).
- Bustikova, Lenka* 2015: The democratization of hostility: minorities and radical right actors after the fall of communism; in: Minkenberg, Michael (Hg.): Transforming the Transformation? The East European radical right in the political process. New York: Routledge, S. 59-79.
- Chmelar, Kristina* 2019a: Ja, wird nun alles besser? Die Wahl zum tschechischen Abgeordnetenhaus vom 20./21. Oktober 2017; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 50 (3), S. 557-578.
- Chmelar, Kristina* 2019b: Verteidigung um jeden Preis? Zur Immigrationsfeindlichkeit im tschechischen Migrationsdiskurs; in: Zeitschrift für Politik 66 (3), S. 270-292.
- ČSÚ* 2017: Počet evidencí cizinců na ÚP podle sekcí klasifikace ekonomických činností; verfügbar unter: <https://www.czso.cz/documents/10180/61196236/290027180305.pdf/0e892cd3-3e11-44b5-af4c-0b758ee342a0?version=1.2> (letzter Zugriff: 05.05.2019).
- ČSÚ* 2018a: Cizinci v České republice. Foreigners in the Czech Republic; verfügbar unter: <https://www.czso.cz/documents/10180/61196236/29002718.pdf/571c5d12-3744-4d32-a8e2-e1a0f3f30e28?version=1.2> (letzter Zugriff: 27.02.2019).
- ČSÚ* 2018b: Kriminalita cizinců v Česku; verfügbar unter: <http://www.statistikaamy.cz/2018/07/kriminalita-cizincu-v-cesku/> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- ČSÚ* 2019a: Cizinci v České republice. Foreigners in the Czech Republic; verfügbar unter: <https://www.czso.cz/csu/cizinci/cizinci-pocet-cizincu> (letzter Zugriff: 05.05.2019).

ČSÚ 2019b: Cizinci v ČR podle státního občanství v letech 1994 – 2018 (k 31. 12.); verfügbar unter: https://www.czso.cz/documents/11292/27320905/c01R04_2018.xlsx/332dc18e-b6bf-4f38-8db0-b5e51f768905?version=1.0 (letzter Zugriff: 05.05.2019).

ČSÚ 2019c: Vývoj nelegální migrace cizinců v ČR; verfügbar unter: <https://www.czso.cz/documents/10180/91605941/290027190701.pdf/7ad44626-3d0d-45a7-bf5b-074932667ef0?version=1.0> (letzter Zugriff: 14.02.2020).

ČSÚ 2019d: Zaměstnanost, nezaměstnanost; verfügbar unter: https://www.czso.cz/csu/czso/zamestnanost_nezamestnanost_prace (letzter Zugriff: 05.06.2019).

ČT24.cz 2018: Exklusivní rozhovor s italským premiérem o migraci, vztahu k Babišovi i očekáváních od společného jednání; verfügbar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/svet/2552371-exklusivni-rozhovor-s-italskym-premierem-o-migraci-vztahu-k-babisovi-i-ocekavanich-od> (letzter Zugriff: 20.01.2019).

Čulík, Jan 2017: Why is the Czech Republic So Hostile to Muslims and Refugees?; verfügbar unter: <http://www.europenowjournal.org/2017/02/09/why-is-the-czech-republic-so-hostile-to-muslims-and-refugees/> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

CWM 2018a: Veřejnost o svých obavách a bezpečnostních rizicích pro Českou republiku – listopad 2018; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4803/f9/ov190123.pdf (letzter Zugriff: 11.06.2019).

CWM 2018b: Hodnocení bezpečnostní situace v Evropě – listopad 2018; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4801/f9/ob190123b.pdf (letzter Zugriff: 09.06.2019)

CWM 2018c: Postoj české veřejnosti k přijímání uprchlíků – duben 2018; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4643/f9/pm180608.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2018).

CWM 2018d: Tolerance k vybraným skupinám obyvatel – březen 2018; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4582/f9/ov180406.pdf (letzter Zugriff: 11.01.2019).

CWM 2018e: Postoje českých občanů k obraně ČR – leden 2018; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4526/f9/pm180222b.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2018).

CWM 2019a: Míra naléhavosti různých oblastí veřejného života – březen 2019; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4897/f9/po190408.pdf (letzter Zugriff: 05.02.2020).

CWM 2019b: Postoje české veřejnosti k cizincům – březen 2019; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4899/f9/ov190409.pdf (letzter Zugriff: 05.02.2020).

CWM 2019c: Postoj české veřejnosti k přijímání uprchlíků – květen 2019; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4966/f9/pm190626.pdf (letzter Zugriff: 05.02.2020).

CWM 2019d: Sympatie české veřejnosti k některým zemím – listopad 2019; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5069/f9/pm191213.pdf (letzter Zugriff: 05.02.2020).

CWM 2019e: Romové a soužití s nimi očima české veřejnosti – duben 2019; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4924/f9/ov190517.pdf (letzter Zugriff: 10.02.2020).

CWM 2019f: Důvěra vybraným politikům v mezinárodním kontextu – listopad 2019; verfügbar unter: http://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5071/f9/pm191219.pdf (letzter Zugriff: 10.02.2020).

CWM 2019g: Voličské preference, faktory rozhodování a témata voleb do Evropského parlamentu v dubnu 2019; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4911/f9/pv190425.pdf (letzter Zugriff: 11.06.2019).

CWM 2019h: Občané o ekonomické situaci svých domácností – říjen 2019; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5039/f9/eu191108.pdf (letzter Zugriff: 06.02.2020).

Destatis 2018: Eurostat-Daten: Die Tschechische Republik im Vergleich; verfügbar unter: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Staat/EUStaaten/TschechischeRepublik.html> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Drbohlav, Dušan 2004: Czech Republic: The Times They Are A-Changing; verfügbar unter: http://publications.iom.int/system/files/pdf/migrationtrends_eu_2.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Drbohlav, Dušan 2012: Patterns of Immigration in the Czech Republic, Hungary and Poland. A comparative perspective; in: Okólski, Marek (Hg.): European Immigrations – Trends, Structures and Policy Implications; Amsterdam, Amsterdam University Press, S. 179-209.

Drbohlav, Dušan / Medová, Lenka / Čermák, Zdeněk / Čermáková, Dita / Janská, Eva 2012: Tschechien – ein junges Einwanderungsland?; verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/274278339_Tschechien_-_ein_junges_Einwanderungsland (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Drbohlav, Dušan / Janurová, Kristýna 2019: Migration and Integration in Czechia: Policy Advances and the Hand Brake of Populism; verfügbar unter: <https://www.migrationpolicy.org/article/migration-and-integration-czechia-policy-advances-and-hand-brake-populism> (letzter Zugriff: 20.06.2019).

DW 2019a: Der Anti-Migrations-Premier und seine ausländischen Arbeiter; verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/der-anti-migrations-premier-und-seine-auslaendischen-arbeiter/a-47320635> (letzter Zugriff: 20.02.2019).

DW 2019b: Neuer Anlauf im EU-Asylstreit; verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/neuer-anlauf-im-eu-asylstreit/a-51502677> (letzter Zugriff: 14.02.2020).

EC 2018a: Special Eurobarometer: Integration of Immigrants in the European Union (Fact Sheet Czech Republic); verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82543> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

EC 2018b: Special Eurobarometer: Integration of Immigrants in the European Union (Fact Sheet Poland); verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82560> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

EC 2018c: Special Eurobarometer: Integration of Immigrants in the European Union (Fact Sheet Slovakia); verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82565> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

EC 2018d: Special Eurobarometer: Integration of Immigrants in the European Union (Fact Sheet Hungary); verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82552> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

EC 2018e: Special Eurobarometer: Integration of Immigrants in the European Union (Fact Sheet Germany); verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82544> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

EC 2019a: What do you think are the two most important issues facing the Czech Republic at the moment? (from 05/2005 to 06/2019); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinionmobile/index.cfm/Chart/getChart/chartType/gridChart/themeKy/42/groupKy/208/countries/CZ/savFile/54/periodStart/2005-05-09%2000:00:00.0/periodEnd/2019-06-07%2000:00:00.0> (letzter Zugriff: 14.02.2020).

EC 2019b: Please tell me whether each of the following statements evokes a positive or negative feeling for you: Immigration of people from other EU Member States (11/2019); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/59/groupKy/278> (letzter Zugriff: 22.04.2020).

EC 2019c: Please tell me whether each of the following statements evokes a positive or negative feeling for you: Immigration of people from outside the EU (11/2019); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/59/groupKy/279> (letzter Zugriff: 22.04.2020).

EC 2019d: Please tell me how attached you feel to the European Union (06/2019); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/26/groupKy/314> (letzter Zugriff: 05.05.2020).

EC 2019e: What do you think are the two most important issues facing the Czech Republic at the moment? (from 05/2005 to 06/2019); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinionmobile/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/31/groupKy/188> (letzter Zugriff: 05.06.2019).

Economist 2017: The new Czech leader is not leading an anti-Europe uprising; verfügbar unter: <https://www.economist.com/news/europe/21730662-andrej-babiss-threat-czech-republic-oligarchy-not-ideology-new-czech-leader> (letzter Zugriff: 30.10.2018).

EJO 2015: How Europe's Newspapers Reported The Migration Crises; verfügbar unter: <https://en.ejo.ch/research/research-how-europes-newspapers-reported-the-migration-crisis> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

End, Markus 2011: Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus; in: APuZ 22–23, S. 15–21.

EP 2018: Social and Employment Policies in the Czech Republic; verfügbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/618993/IPOL_STU\(2018\)618993_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/618993/IPOL_STU(2018)618993_EN.pdf) (letzter Zugriff: 10.02.2020).

EuGH 2020: Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-715/17, C-718/17 Kommission / Polen, Ungarn und Tschechische Republik (Pressemitteilung Nr. 40/20); verfügbar unter: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-04/cp200040de.pdf> (letzter Zugriff: 01.05.2020).

Eurostat 2019a: Erwerbsquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit (%); verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/data/database?node_code=lfsa_argan# (letzter Zugriff: 30.05.2019).

Eurostat 2019b: Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht (Jährliche aggregierte Daten); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/asylum-and-managed-migration/data/database#> (letzter Zugriff: 30.05.2019).

Eurostat 2020: Verteilung erstinstanzlicher Entscheidungen über Asylanträge (Drittstaaten) 2018 (in %); verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/b/bd/Verteilung_erstinstanzlicher_Entscheidungen_über_Asylanträge_%28Drittstaaten%29%2C_2018_%28in_%25%29_FP2019-de.png (letzter Zugriff: 05.02.2020).

Falter, Matthias / Stern, Verena 2017: Fall Elections in Germany, Austria and the Czech Republic and their Impact on European Migration Policies; verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14036-20180117.pdf> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Georgiou, Myria / Zaborowski, Rafal 2017: Media coverage of the "refugee crisis": A cross-European perspective; verfügbar unter: <https://edoc.coe.int/en/index.php?controller=get-file&freeid=7367> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Hanley, Seán 2017: Czech election preview: Is Andrej Babiš heading for a Pyrrhic victory?; verfügbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/10/16/czech-election-preview-is-andrej-babis-heading-for-a-pyrrhic-victory/> (letzter Zugriff: 30.10.2018).

Heinelt, Hubert 2014: Politikfelder: Machen Besonderheiten von Policies einen Unterschied?; in: Schubert, Klaus / Bandelow, Nils (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg, S. 133-150.

Horáková, Milada 2008: Mezinárodní pracovní migrace v ČR. Bulletin č. 20; verfügbar unter: <http://praha.vupsv.cz/Fulltext/B20-MPMc.pdf> (letzter Zugriff: 05.12.2017).

Hospodářská komora České republiky 2017: Vyjádření Hospodářské komory ke zpřísnění cizineckého zákona; verfügbar unter: https://www.komora.cz/tiskova_zprava/vyjadreni-hospodarske-komory-ke-zpriseni-cizineckeho-zakona/ (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Howden, Daniel 2016: The Manufacture of Hatred: Scapegoating Refugees in Central Europe; verfügbar unter: <https://www.newsdeeply.com/refugees/articles/2016/12/14/the-manufacture-of-hatred-scapegoating-refugees-in-central-europe> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

iDnes 2017: Drahoš by nejmenoval vládu závislou na KSČM. 2600 migrantů není problém, řekl; verfügbar unter: https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/diskuse-s-prezidentskym-kandidatem-jiri-drahosem.A170629_175731_domaci_kop (letzter Zugriff: 10.02.2020).

iRozhlas 2019: Devět z deseti žádostí zamítnuto. Proč Česko uplatňuje nejtvrdí azylovou politiku ze států Evropské unie?; verfügbar unter: https://www.irozhlas.cz/zpravy-domov/azyl-uspesnost_1905070600_pek (letzter Zugriff: 09.06.2019).

Janzer, Till 2017: Flüchtlingspolitik: Wahlkampfthema in Tschechien?; verfügbar unter: <https://www.radio.cz/de/rubrik/schauplatz/fluechtlingspolitik-wahlkampfthema-in-tschechien> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Kiossev, Alexander 2011: The Self-Colonizing Metaphor; verfügbar unter: <http://monumenttotransformation.org/atlas-of-transformation/html/s/self-colonization/the-self-colonizing-metaphor-alexander-kiossev.html> (letzter Zugriff: 13.02.2020).

Kittel, Manfred / Möller, Horst 2006. Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 54 (4), S. 541-581.

Kohout, Pavel 2014: Čtyři proklaté drahé omyly; verfügbar unter: <https://finmag.penize.cz/ekonomika/292384-ctyri-proklate-drahe-omyly> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Konsorcium nevládních organizací pracujících s migranty 2017: Změny, které přinese novela cizineckého zákona; verfügbar unter: <http://www.migracnikonsorcium.cz/cs/2017-07-zmeny-ktere-prinese-novela-cizineckeho-zakona/> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Kováts, Eszter / Smejkalová, Kateřina 2019: Macht statt Moral. Der Rechtspopulismus in Osteuropa wird genährt durch die Arroganz des Westens und die wirtschaftliche Ausbeutung; verfügbar unter: <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/detail/macht-statt-moral-3554/> (letzter Zugriff: 05.02.2020).

Krastev, Ivan 2017: Europadämmerung. Ein Essay; Suhrkamp, Berlin.

Krastev, Ivan / Holmes, Stephen 2018: Explaining Eastern Europe: Imitation and Its Discontents; in: Journal of Democracy 29 (3), S. 117-128.

Lidovky.cz 2018: Uprchlíky ano, migranti ne. ČSSD přesvědčila Babiše k přijetí paktu o uprchlících; verfügbar unter: https://www.lidovky.cz/svet/uprchliky-ano-migranty-ne-cssd-presvedcila-babise-k-prijeti-paktu-o-uprchlicich.A181218_143213_In_zahranici_mha (letzter Zugriff: 19.02.2019).

Macek, Jakub / Macková, Alena / Škařupová, Kateřina / Waschková, Císařová, Lenka 2015: Stará a nová média v každodennosti českých publik; verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/280154724_Star_a_nova_media_v_kazdodennosti_ceskych_publik_vyzkumna_zprava (letzter Zugriff: 05.09.2018).

- MEDIAN* 2015: Vývoj vztahu Čechů k imigraci a přijímání uprchlíků; verfügbar unter: https://ct24.ceskatelevize.cz/sites/default/files/1644232-6515042_ct_migrace_prezentace_v08.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- MEDIAN* 2017: Výzkum provolební studio ČT; verfügbar unter: http://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2017/10/Vyzkum_pro_volebni_studio.pdf (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- MEDIAN* 2018: Vztah a znalosti Čechů k muslimské minoritě; verfügbar unter: http://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2018/07/Vztah_a_znalosti_Cechu_k_muslimske_minorite_web-1.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Minkenber, Michael* 2017: The Rise of the Radical Right in Eastern Europe. Between Mainstreaming and Radicalization; in: Georgetown Journal of International Affairs 18 (1), S. 27-35.
- Mudde, Cas* 2017: Tweet vom 21. Oktober 2017; verfügbar unter: <https://twitter.com/i/web/status/921748107473416192> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- MVČR* 2015: Strategie migrační politiky České republiky; verfügbar unter: <http://www.mvcr.cz/soubor/strategie-migracni-politiky-ceske-republiky.aspx> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- MVČR* 2017: Cizinci ze třetích zemí v ČR k 31. červenci 2017; verfügbar unter: <http://cizinci.cz/cs/2017-cizinci-v-cr> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- MVČR* 2019a: Statistické zprávy o mezinárodní ochraně za rok 1999; verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/soubor/statistiky1999.zip.aspx> (letzter Zugriff: 18.02.2019).
- MVČR* 2019b: Statistické zprávy o mezinárodní ochraně za rok 2000; verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/soubor/statistiky2000.zip.aspx> (letzter Zugriff: 18.02.2019).
- MVČR* 2019c: Statistické zprávy o mezinárodní ochraně za rok 2001; verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/soubor/statistiky2001.zip.aspx> (letzter Zugriff: 18.02.2019).
- MVČR* 2019d: Ministři vnitra jednali v Bruselu o reformě migrační a azylové politiky; verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/migrace/clanek/ministri-vnitra-jednali-v-bruselu-o-reforme-migracni-a-azylove-politiky.aspx> (letzter Zugriff: 14.02.2020).
- MZV* 2018a: Uprchlíky a migrační kompakt Česko k ničemu nenutí, naopak pomáhá řešit migraci; verfügbar unter: https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti_a_media/tiskove_zpravy/x2018_09_19_uprchlicky_a_migracni_kompakt_cesko_k_nicemu_nenuti.html (letzter Zugriff: 18.02.2019).
- MZV* 2018b: Česko podpořilo Globální kompakt OSN o uprchlících; verfügbar unter: https://www.mzv.cz/jnp/cz/udalosti_a_media/tiskove_zpravy/x2018_12_18_cz_podporilo_kompakt_osn.html (letzter Zugriff: 18.02.2019).
- Nadace Open Society Fund / Konsorcium nevládních organizací pracujících s migranty / Člověk v tísni / Friedrich-Ebert-Stiftung* 2017: Migrace a kriminalita – materiál pro média; verfügbar unter: http://osf.cz/wp-content/uploads/2017/07/TZ_migrace_a_kriminalita_data_20170530.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Nassehi, Armin* 2018: Festrede anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 17. Oktober 2018; verfügbar unter: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2018-pdf/festrede_nassehi_17.10.2018.pdf (letzter Zugriff: 14.02.2020).
- Novinky* 2018: Vláda se chystá odmítnout globální pakt k migraci. Směřuje to k tomu, řekl Petříček; verfügbar unter: <https://www.novinky.cz/domaci/488426-vlada-se-chysta-odmitnout-globalni-pakt-k-migraci-smeruje-to-k-tomu-rekl-petricek.html> (letzter Zugriff: 11.01.2019).
- Piráti* 2015: Postoj České pirátské strany k vlně uprchlíků; verfügbar unter: <https://www.pirati.cz/tiskove-zpravy/stanovisko-k-uprchlikum.html> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Piráti* 2019: 20 priorit Pirátů pro evropský parlament; verfügbar unter: <https://evropapotrebuje.cz/program/> (letzter Zugriff: 11.06.2019).
- Policie ČR* 2018: Nelegální migrace v České republice za rok 2017; verfügbar unter: <http://www.policie.cz/clanek/nelegalni-migrace-v-ceske-republice-za-rok-2017.aspx> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Radio Praha* 2017: Ein Jahr Pilotprojekt: 34 irakische Flüchtlinge in Tschechien verblieben; verfügbar unter: <https://www.radio.cz/de/rubrik/tagesecho/ein-jahr-pilotprojekt-34-irakische-fluechtlinge-in-tschechien-verblieben> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Reckwitz, Andreas* 2016: Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus; verfügbar unter: <https://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- Rovny, Jan* 2017: Election reaction: The Czech Republic shifts toward the Polish and Hungarian model; verfügbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/10/23/election-reaction-the-czech-republic-shifts-toward-the-polish-and-hungarian-model/> (letzter Zugriff: 30.10.2018).

Sedláková, Renáta / Lapčík, Marek / Burešová, Zdenka o.j.: Analýza mediální reprezentace tématu emigrační vlny z islámských zemí do Evropy a reakcí české politiky a společnosti na tuto emigrační vlnu; verfügbar unter: http://media.rozhlas.cz/_binary/03653841.pdf (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Segert, Dieter 2019: Was treibt die Visegrad-Staaten in eine Opposition zur EU? Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000106137197/was-treibt-die-visegradstaaten-in-eine-opposition-zur-eu> (letzter Zugriff: 05.02.2020).

Seznamzpravy.cz 2019: Vztah Romů a Čechů je nejlepší za 20 let. Vliv na ně mají Zemanovy výroky i seriál; verfügbar unter: <https://www.seznamzpravy.cz/clanek/vztah-romu-a-cechu-je-nejlepsi-za-20-let-vliv-na-ne-maji-zemanovy-vyroky-i-serial-73018> (letzter Zugriff: 10.02.2020).

SPD 2017: Politický program SPD; verfügbar unter: <http://www.spd.cz/program> (letzter Zugriff: 30.10.2017).

SPD 2019: EU program SPD; verfügbar unter: https://volimespddoep.cz/wp-content/uploads/2019/04/EU_program.pdf (letzter Zugriff: 20.05.2019).

Statista 2019a: Europäische Union: Anzahl ausländischer Staatsangehöriger in den Mitgliedstaaten im Jahr 2018; verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/236466/umfrage/auslaenderzahl-in-den-eu-laendern/> (letzter Zugriff: 30.04.2019).

Statista 2019b: Europäische Union: Anzahl ausländischer Staatsangehöriger in den Mitgliedstaaten im Jahr 2018; verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73995/umfrage/auslaenderanteil-an-der-bevoelkerung-der-laender-der-eu27/> (letzter Zugriff: 30.05.2019).

Statista 2019c: Tschechien: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2008 bis 2018 (gegenüber dem Vorjahr); verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14533/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-tschechien/> (letzter Zugriff: 05.05.2019).

Statista 2019d: Europäische Union: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den Mitgliedstaaten im Jahr 2018; verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/188766/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-den-eu-laendern/> (letzter Zugriff: 05.05.2019).

Statista 2019e: *Tschechien: Haushaltssaldo von 2008 bis 2018 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)*; verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/263252/umfrage/haushaltssaldo-von-tschechien-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/> (letzter Zugriff: 05.05.2019).

Statista 2019f: Tschechien: Staatsverschuldung von 2008 bis 2018 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP); verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/263246/umfrage/staatsverschuldung-von-tschechien-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/> (letzter Zugriff: 05.05.2019).

Šajtar, Jaroslav 2018: Islamofobie, nebo oprávněné obavy? Vyšla kniha předních českých islamologů; verfügbar unter: <https://www.reflex.cz/clanek/kultura/86703/islamofobie-nebo-opravnene-obavy-vysla-kniha-prednich-ceskych-islamologu.html> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Tatcheva, Jana / Holá, Eva 2016: Azylový zákon po velké novele; verfügbar unter: <http://migraceonline.cz/cz/e-knihovna/novy-azylovy-zako> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Ther, Philipp 2019: Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation. Berlin: Suhrkamp.

Tkaczyk, Michal / Pospěch, Pavel / Macek, Jakub 2015: Analýza mediálního pokrytí uprchlické krize; verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/286454922_Analyza_medialniho_pokryti_uprchlicke_krize_vyzkumna_zprava (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Tkaczyk, Michal 2017: Between Politization and Securitization: Coverage of the European Migration Crisis in Czech Online News Media; in: *Communication Today* 8 (2), S. 91-110.

Vláda ČR 2019: Zpráva o stavu romské menšiny v České republice za rok 2018; verfügbar unter: <https://www.vlada.cz/assets/ppov/zalezitosti-romske-komunity/dokumenty/Zprava-o-stavu-romske-mensiny.pdf> (letzter Zugriff: 10.02.2020).

Vyzvavedcu.cz 2020: Vědci proti strachu a lhostejnosti; verfügbar unter: <http://www.vyzvavedcu.cz> (letzter Zugriff: 10.02.2020).

Weichsel, Volker 2017: Demokratie in der Schwebe. Die Parlamentswahlen in Tschechien 2017; *Osteuropa* 67 (9-10), S. 31-50.

Zákon, kterým se mění zákon č. 325/1999 Sb., o azylu, ve znění pozdějších předpisů, zákon č. 326/1999 Sb., o pobytu cizinců na území České republiky a o změně některých zákonů, ve znění pozdějších předpisů, zákon č. 221/2003 Sb., o dočasné ochraně cizinců, ve znění pozdějších předpisů, a další související zákony (č. 314/2015 Sb.); verfügbar unter: <http://aplikace.mvcr.cz/sbirka-zakonu/ViewFile.aspx?type=z&id=37343> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Zákon, kterým se mění zákon č. 326/1999 Sb., o pobytu cizinců na území České republiky a o změně některých zákonů, ve znění pozdějších předpisů, a další související zákony; verfügbar unter: <http://aplikace.mvcr.cz/sbirka-zakonu/ViewFile.aspx?type=z&id=62054> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Zeman, Miloš 2015: Vánoční poselství prezidenta republiky Miloše Zemana; verfügbar unter: <https://www.ceskatelevize.cz/ivysilani/10997921071-vanocni-poselstvi-prezidenta-republiky-milose-zemana/215411033221226/> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Zeman, Miloš 2016a: Rozhovor prezidenta republiky Miloše Zemana pro internetové vysílání webu Blesk.cz „S prezidentem v Lánech“; verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ILgRbo9bz4U&app=desktop> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Zeman, Miloš 2016b: Projev prezidenta republiky při konferenci „Sociálna demokracia v 21. storočí – bez škrtov a bližšie k ľuďom!“; verfügbar unter: <https://www.hrad.cz/cs/prezident-cr/soucasny-prezident-cr/vybrane-projevy-a-rozhovory/projev-prezidenta-republiky-pri-konferenci-socialna-demokracia-v-21.-storoci-bez-skrtov-a-blizsie-k-ludom-12455> (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Zeman, Miloš 2018a: Vystoupení prezidenta republiky v debatě na TV Barrandov 22. ledna 2018; verfügbar unter: <https://www.hrad.cz/cs/prezident-cr/soucasny-prezident-cr/vybrane-projevy-a-rozhovory/vystoupeni-prezidenta-republiky-v-debate-na-tv-barrandov-13859> (letzter Zugriff 10.02.2020).

Zeman, Miloš 2018b: Vystoupení prezidenta republiky v debatě na TV Prima 23. ledna 2018; verfügbar unter: <https://www.hrad.cz/cs/prezident-cr/soucasny-prezident-cr/vybrane-projevy-a-rozhovory/vystoupeni-prezidenta-republiky-v-debate-na-tv-prima-13863> (letzter Zugriff: 10.02.2020).

Zeman, Miloš 2018c: Rozhovor prezidenta republiky pro pořad TV Barrandov „Týden s prezidentem“ 18. ledna 2018; verfügbar unter: <https://www.hrad.cz/cs/prezident-cr/soucasny-prezident-cr/vybrane-projevy-a-rozhovory/rozhovor-prezidenta-republiky-pro-porad-tv-barrandov-tyden-s-prezidentem-35-13850> (letzter Zugriff: 10.02.2020).

AUTORIN

KRISTINA CHMELAR

Kristina Chmelar ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für politische Theorie und am Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) der TU Dresden. Sie promoviert über die Inszenierung staatlich organisierter Kommunismus-Erinnerung in Deutschland.

E-Mail: kristina.chmelar@tu-dresden.de

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN: 2570-0715

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autorin:

Kristina Chmelar

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Katja Solbrig, Johanna Haupt

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2020

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

